

Stand: 07.12.2025 16:04:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/93

"Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/93 vom 04.12.2003
2. Plenarprotokoll Nr. 7 vom 09.12.2003
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/546 des VF vom 04.03.2004
4. Beschluss des Plenums 15/641 vom 17.03.2004
5. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 17.03.2004
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31.03.2004

Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Joachim Herrmann, Thomas Kreuzer, Peter Welnhöfer** und **Fraktion CSU**

zur Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

A) Problem

Die Zuständigkeitsregelung des Art. 125 BayBG für Personalangelegenheiten der Beamten des Landtags soll vereinfacht werden.

B) Lösung

In Übereinstimmung mit den entsprechenden Regelungen beim Bundestag und anderen Landesparlamenten hat das Präsidium bei Beförderungen ab der Besoldungsgruppe A 16 zuzustimmen; im Übrigen entscheidet der Präsident in Personalangelegenheiten der Beamten des Landtags. Er ist Oberste Dienstbehörde für die Beamten des Landtags. Die Zuständigkeit des Präsidiums für personalrechtliche Grundsatzfragen und für den Stellenplan als Teil des Haushaltsplans bleibt unberührt. Die Rechte der Personalvertretung werden durch die Änderung nicht betroffen.

Die vereinfachte Zuständigkeitsregelung gilt auch für den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Beamten seiner Geschäftsstelle.

Die Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag wird entsprechend geändert. Dabei wird auch geregelt, dass der Ältestenrat über Personalangelegenheiten informiert wird, an denen das Präsidium beteiligt ist.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

Keine

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

§ 1

Art. 125 Abs. 1 und 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 25. Juni 2003 (GVBl S. 374), erhalten folgende Fassung:

„(1) ¹Die Beamten des Landtags sind Beamte des Staates. ²Sie werden vom Präsidenten des Landtags ernannt. ³Zur Ernennung des Direktors und der Beamten von der Besoldungsgruppe A 16 an ist die Zustimmung des Präsidiums erforderlich.

(2) ¹Oberste Dienstbehörde der Beamten des Landtags ist der Präsident des Landtags. ²Er übt die Dienstaufsicht über die Beamten des Landtags aus.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

7. Sitzung

am Dienstag, dem 9. Dezember 2003, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	180	Beschluss	195, 207
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Reserl Sem und Bärbel Narnhammer	180	Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Ulrike Gote, Ruth Paulig u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Aktuelle Stunde gemäß § 65 GeschO auf Antrag der SPD-Fraktion		Konzept für die Sondermüllbehandlung in Bayern (Drs. 15/20)	
„Zukunft der Hochschulen in Gefahr?“		Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 15/91)	
Wolfgang Vogel (SPD)	180	und	
Dr. Ludwig Spaenle (CSU)	182	Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Helga Schmitt-Bussinger, Hans-Joachim Werner u. a. u. Frakt. (SPD)	
Ulrike Gote (GRÜNE)	183	Sondermüllentsorgung in Bayern (Drs. 15/21)	
Adelheid Rupp (SPD)	185	Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 15/92)	
Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU) . .	186	Ruth Paulig (GRÜNE)	195, 200
Dr. Christoph Rabenstein (SPD)	186	Hans Joachim Werner (SPD)	197, 202
Martin Neumeyer (CSU)	187	Christian Meißner (CSU)	198
Peter Hufe (SPD)	188	Ludwig Wörner (SPD)	200
Walter Nadler (CSU)	189	Erika Görnitz (CSU)	201, 202
Ernst Weidenbusch (CSU)	190	Staatsminister Dr. Werner Schnappauf	202
Werner Schieder (SPD)	191		
Staatsminister Dr. Thomas Goppel	192	Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 15/20	203
Gesetzentwurf der Abg. Joachim Herrmann, Thomas Kreuzer, Peter Weinhofer u. Frakt. (CSU)		Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/21	203
zur Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes (Drs. 15/93)		(Bekanntgabe der Ergebnisse und Abstimmungslisten siehe Protokoll der 8. Sitzung)	
– Erste Lesung –		Schluss der Sitzung	203
Verweisung in den Verfassungsausschuss	194		
Abstimmung über Anträge etc. , die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)	194, 205		
Wahl der nichtberufsrichterlichen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs (s.a. Anlage 2)			

(Beginn: 15.05 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die siebte Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch zwei nachträgliche Glückwünsche aussprechen. Am 30. November feierte Frau Kollegin Reserl Sem einen runden Geburtstag. Einen halbrunden Geburtstag beging am 3. Dezember Frau Kollegin Bärbel Narnhammer. Ich gratuliere den beiden Kolleginnen im Namen des Hohen Hauses und persönlich sehr herzlich und wünsche ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Zukunft der Hochschulen in Gefahr?**“ beantragt.

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält eines ihrer Mitglieder zehn Minuten Redezeit; dies wird auf die Gesamtredezeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält eine Fraktion auf Antrag für eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit. Ich bitte alle, auf mein Signal zu achten. Erster Redner ist Herr Kollege Vogel für die SPD-Fraktion. Sie haben zehn Minuten Redezeit.

Wolfgang Vogel (SPD): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Allen Respekt, kann ich nur sagen, so kräftig, wie sich die Staatsregierung in aller kürzester Zeit ins bildungspolitische Abseits manövriert und auf dem Weg dorthin keinen Fettnapf auslässt. Das wäre schon ein Auftritt bei „Wetten dass?“ wert.

(Beifall bei der SPD)

Mit den vollmundigen Wahlversprechen vom „Schwerpunkt Bildung“ und den „Investitionen in die Champions League bei Wissenschaft, Forschung und akademischer Lehre“ hat ihr bildungspolitischer Crashkurs für Schulen und Hochschulen wahrlich nichts mehr zu tun. Versprochen – gebrochen, kann ich da nur sagen!

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Marianne Schieder (SPD))

An der Strategie, mit der Sie bisher andere angreifen, richten Sie nun Ihr eigenes Handeln aus. Stoiber will der Größte sein, überall, auch dann, wenn es um gebrochene Wahlversprechen geht.

(Beifall bei der SPD)

Die Hochschulen, der Kernbereich einer zukunftsorientierten Gesellschafts- und Standortpolitik, sind dazu verurteilt, die exemplarische Rolle im kakophonischen Spartheater einer konfusen Staatsregierung zu spielen.

Ich erspare es mir nun, all die widersprüchlichen Sparziele aufzulisten, garniert mit nahezu lyrischen, gärtnerisch-ministeriellen Beschneidungsideen, die – Goppel sei Dank! – die hochschulpolitische Diskussion in den letzten zwei Monaten bestimmt haben.

Gestern konnten wir der Presse eine neue Variante entnehmen. Mit der Bayerischen Hochschulrektorenkonferenz verständigte man sich auf einen Scheinkompromiss: Fünf Prozent Haushaltskürzungen für die Universitäten im Jahr 2004, und zum Ausgleich gibt es erstens eine angebliche Planungssicherheit bis 2008, weil sich der Minister in den Folgejahren bei weiteren Kürzungsvorgaben aus der Staatskanzlei für die Universitäten einsetzen will – einsetzen will! –, und zweitens mehr Autonomiekompetenzen.

(Zuruf der Abgeordneten Marianne Schieder (SPD))

Die Begriffe „Planungssicherheit“ und „Autonomie“ sind natürlich zuerst einmal positiv besetzt – gerade an Bayerns Hochschulen, weil oftmals Ministerium und CSU mit den dahinter stehenden Ideen in der Vergangenheit „Blinde Kuh“ gespielt haben. Noch im Sommer letzten Jahres mussten wir uns hier an dieser Stelle Naivität und Realitätsferne vorwerfen lassen, als wir von der Opposition derartige Forderungen aufgestellt haben. In Bezug auf die euphemistischen inhaltlichen Deformierungen, die Sie aber gegenwärtig mit diesen Begriffen anstellen, war ich vielleicht wirklich etwas naiv. Ich habe mir nämlich nicht vorstellen können, dass man so unverfroren die bayerische Hochschullandschaft ausbluten lässt, eine Hochschullandschaft, die trotz schwieriger Rahmenbedingungen noch einen hervorragenden Ruf genießt – dank der hier Studierenden, Lehrenden, Forschenden und im nicht wissenschaftlichen Bereich Arbeitenden. – Und das verkauft man dann als mehr Selbstständigkeit!

Ihr Wochenendkompromiss bedeutet die Verordnung von fünfprozentigen Einsparungen im Jahr 2004, die allenthalben als nicht realisierbar gelten, um sich dadurch das vage Versprechen einzuhandeln, in Zukunft auch weiterhin sparen zu dürfen, aber vielleicht nicht so viel, wie heute von der Staatskanzlei und vom Finanzministerium beabsichtigt. „Nix G'wies waaß ma ned“, sagt man bei mir zu Hause. Niemand hat aber bisher das Sparziel von 15% aufgegeben, und den verordneten Mangel darf man dann zum Dank eigenverantwortlich verwalten.

Herr Goppel, Sie mögen zwar in einer rhetorischen Glanzstunde am Wochenende mit wohlklingenden Formulierungen wie „Kahlschlag als Chance“ in Rektorensälen vorweihnachtliche Friedensträume geweckt haben, aber an den realistischen Möglichkeiten der bayerischen Hochschulwirklichkeit reden Sie meilenweit vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Da mag es schon sein, dass die Einsparzahlen, die gestern in der „Süddeutschen Zeitung“ genannt wurden, in der Eile nicht ganz korrekt waren. Dass Ihr Haus aber auf solch nachvollziehbare Fehler gleich mit dem Hinweis reagiert, es handle sich hier wohl um eine Adventsente, spiegelt nicht nur die eigene Dünnhäutigkeit wider. Herr Kollege Spaenle, derartige verbale Ablenkungsmanöver unterstreichen, dass Sie zunehmend weniger Widerstand einer Sparorgie entgegensetzen, die unsere Hochschulen – um im zeitgemäßen Geflügelbild zu bleiben – als auszunehmende Weihnachtsgänse betrachtet. Und nebenbei gefragt: Wie viel muss nun eigentlich wer wann wo sparen? Wir wissen es nicht.

Herr Goppel, Sie haben letzte Woche bei der akademischen Feier der TUM in einer sehr kollegialen Art und Weise unsere gemeinsame Verantwortung für die Hochschule der Zukunft angesprochen. Ich nehme Ihnen ab, dass es nicht nur so leicht dahingesagt wurde. Ja, wir sind gemeinsam bereit, um die Zukunft der bayerischen Hochschulen zu ringen, zu streiten und dort, wo es möglich ist, auch Kompromisse zu finden, weil es wirklich um eine existenzielle Zukunftsfrage unseres Landes geht.

Aber lassen Sie uns trotz aller unbestreitbaren Erfolge in der bayerischen Hochschullandschaft einen Weg einschlagen, der dieser immensen Aufgabe gerecht wird, indem wir an den Anfang nicht das sachfremde Sparen, sondern eine kritische, sachgerechte Analyse der tatsächlichen Lage an den Hochschulen stellen. Niemand kann die Augen davor verschließen, wenn an bayerischen Universitäten Jahr für Jahr 96 Millionen € für Bauunterhalt, Gebäudebewirtschaftung, Reinvestitionen in Gerätschaften und so weiter fehlen, Mittel, die in der Zwischenzeit auf 2 bis 2,5 Milliarden € aufgelaufen sind. Da reden Sie von „Köpfen statt Beton“. Wo sollen denn die Köpfe lehren, lernen, forschen, wenn es von der Decke tropft, die Heizung marode ist, die Fenster nicht mehr schließen, ganz zu schweigen von fehlenden Neubauten und Renovierungen?

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Bei euch schließen die Hochschulen!)

– Herr Spaenle, wir reden hier über Bayern. Wenn Sie heute mein Interview gelesen haben, haben Sie festgestellt, Kürzungen im Bildungsbereich sind überall schlecht. Es gibt keine guten sozialdemokratischen und keine schlechten christsozialen, Kürzungen im Bildungsbereich sind überall schlecht. Meine Aufgabe als bayerischer Landespolitiker ist aber, mich um die bayerischen Hochschulen zu kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie so gute Vorschläge haben, gehen Sie nach Berlin. – Niemand kann die Augen davor verschließen, dass das Sparen die bisherigen wirtschaftlichen Erfolge, zum Beispiel bei der Erwirtschaftung von Drittmitteln und bei der Weiterbildung, gefährdet. Wo sind Ihre Kosten-Nutzen-Rechnungen, die mit den Hochschulen erarbeitet wurden, um daraus die Folgekosten des Sparens abzuleiten?

Niemand kann die Augen davor verschließen, dass mit weniger Lehrpersonal die starken studierenden Jahrgänge der Zukunft kaum auf der Basis der meist guten Standards in der Gegenwart ausgebildet werden können. Wir kennen die demographische Entwicklung. Und wir alle wollen zusätzlich die bayerische Quote an Akademikerinnen und Akademikern erhöhen. Was passiert, wenn dann noch mit der Umstellung G 9/G 8 gleich zwei Jahrgänge an die Hochschulen streben?

Besonders betreffen die skizzierten Entwicklungen die Fachhochschulen. Sie kommen in Ihren öffentlichen Äußerungen nahezu nicht vor. Dort soll der Anteil der Studierenden auf 40 % eines Studierendenjahrgangs anwachsen. Dort werden Absolventinnen und Absolventen auf hohem Qualitätsniveau für den Arbeitsmarkt ausgebildet. Deshalb haben die Fachhochschulen eine spezifische struktur- und regionalpolitische Bedeutung.

Niemand kann die Augen davor verschließen, dass Einschnitte hier vor allem Bayerns mittelständische Wirtschaft und aufstrebende Regionen besonders hart treffen. Fachhochschulen arbeiten zurzeit an ihren Finanz- und Kapazitätsgrenzen. Das flächenbezogene Ausbauziel in Bayern beträgt 37 000 Studienplätze. Rund 81 % davon sind derzeit ausgebaut, rund 64 000 Studierende lernen dort – und es werden erheblich mehr. Wo wollen Sie denn hier noch sparen?

Niemand kann die Augen davor verschließen, dass es der akademische Mittelbau ist, der derzeit oftmals den Lehrbetrieb aufrechterhält. Es ist dieser Mittelbau, der von den Stellenkürzungen – und mag man sie noch so schönrechnen – in der Hauptsache betroffen sein wird, weil es hier die meisten befristeten Verträge gibt, von der abschreckenden Wirkung auf das Berufsbild eines Wissenschaftlers ganz zu schweigen.

Niemand kann die Augen davor verschließen, dass bei aktuell enorm hoher Arbeitsbelastung zentrale Arbeitsplätze beim nicht wissenschaftlichen Personal wegfallen, wenn die Sparpläne umgesetzt werden. Stress, Mobbing und der Raubbau an der Gesundheit werden wachsen. Hohe Ausfallzeiten sind vorprogrammiert. Der Freistaat Bayern hat als sozial verantwortlicher Arbeitgeber gänzlich ausgespielt. Das gefährdet die Dienstleistungs- und die gesamte Hochschulinfrastrukturqualität und damit letztendlich den gesamten Lehr- und Forschungsbetrieb in Bayern. Verkürzte Ausleihzeiten und längere Wartezeiten bei den Bibliotheken, abgespeckte Auslandsämter, fehlende qualifizierte Beratungen – all das sind die von Ihnen zu verantwortenden Zukunftsvisionen.

Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Da bleibt uns doch nur ein Weg: Erstens, Schluss mit der Kürzungsdiskussion und Rücknahme der angedrohten Mittelkürzungen. Zweitens, verlässliche Rahmenbedingungen auf der Basis ausreichender Mittelzuweisungen. Dazu ist drittens erforderlich, Defizite realistisch einzuschätzen, um dann ein Strukturkonzept zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Strukturkonzept ist in demokratisch mitbestimmten Strukturen in Zusammenarbeit mit allen an den Hochschulen beteiligten Gruppen und mit dem Landtag zu erarbeiten. Viertens, ein Ende der unsäglichen Studiengebühren-Diskussion, die sozial unverantwortlich, volkswirtschaftlich falsch ist und die den Zugang von bis jetzt noch bildungsferneren Schichten für die Hochschulen versperrt.

Sie sind auf dem falschen Weg. Uns bleibt nur die Hoffnung, dass Sie umkehren und dass Ihnen der Protest an den Hochschulen, den wir nach wie vor vorbehaltlos unterstützen, zur Umkehr hilft. Noch besser aber wäre es, wenn dieses Parlament durch eigenständige, wegweisende Beschlüsse alle Proteste überflüssig machen würde.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Spaenle.

Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Wir stehen in der Tat an einem wichtigen Meilenstein in der Hochschulpolitik in Bayern. Das gilt aber nicht nur für die Hochschulpolitik, sondern für die Landespolitik insgesamt. Welche Rahmenbedingungen finden wir vor? Die Faktoren, warum das so ist, brauchen wir hier nicht groß zu erörtern. Ein Mindestmaß an Teilschuld trägt sicher die Bundesregierung in Berlin.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben katastrophale Rahmenbedingungen mit den größten Steuerausfällen, die Bayern seit Jahrzehnten zu gewärtigen hat.

(Zurufe von der SPD)

– Wer schreit, hat Schmerzen. – Wir haben gegenüber der Steuerschätzung des vergangenen Mai mit der Steuerschätzung dieses Herbstes einen Gesamtsteuerausfall von 1,5 Milliarden Euro für einen Landeshaushalt von zirka 34/35 Milliarden Euro zu verarbeiten, das wissen Sie genau. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie ich verantwortliche Hochschulpolitik gestalte; diese ist in den Rahmen der Landespolitik eingebettet. Unser Motto ist das Motto „Zukunft“ – auch in der Hochschulpolitik. Es gilt, die Zukunftschancen unserer jungen Menschen im Bereich der akademischen Ausbildung langfristig zu sichern. Dies geht nur, wenn wir den finanzpolitischen Handlungsspielraum des Freistaates Bayern weit über diese Legislaturperiode hinaus erhalten.

Um die Steuerausfälle zu bewältigen, gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit heißt frisches Geld und bedeutet steigende Zinslasten und steigende Pro-Kopf-Verschuldung. Zu was diese Politik führt, ist interessanterweise in Berlin zu beobachten. Sie haben vielleicht das Interview mit dem Regierenden Bürgermeister vom Wochenende gesehen. Er kann die Unterlippe nicht mehr bewegen, weil ihm die Schulden bis zur Oberkante Unterlippe stehen. Dort ist jede politische Handlungsfähigkeit im Bereich der Hochschulpolitik vertan. Vor die-

sem Hintergrund hat Bayern einen anderen, schmerzhafteren Weg eingeschlagen. Wir wollen die Steuerausfälle durch Konsolidierungspolitik auffangen. Wir stehen in diesem Zusammenhang für eine Politik, die keine Zinsen, sondern auch in der Hochschulpolitik neues Wissen schafft. Die strategische Schlüsselentscheidung in Bayern lautet deshalb: sparen statt weiterer Schulden. Wir haben dafür einen differenzierten Schuldenabbauplan gewählt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Kommen wir zur Hochschulpolitik!)

– Herr Kollege Dürr, ich weiß nicht, ob Sie andere Wahrnehmungen haben. Ich nehme bei meinen Besuchen an den Hochschulen wahr, dass sich die jungen Leute Angst um ihre Zukunft machen, und zwar konkret um die Zukunft ihrer Ausbildung und um die Zukunft am Standort Bayern. Auf diese Frage haben wir Antworten zu geben. Die Antworten geben wir auch.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nämlich?)

Das Kabinett hat nach seiner allgemeinen Vorgabe, 10% einzusparen, und nach dem Hinweis des Fraktionsvorsitzenden, dass dieses Ziel für die Hochschulen 2004 nicht umsetzbar sei, in der Regierungserklärung durch den Herrn Ministerpräsidenten festgelegt, in der Hochschul- und Bildungspolitik Investitions- und Reinvestitionsschwerpunkte zu setzen. Das Kabinett hat mit seiner differenzierten Sparvorgabe für dieses Jahr in Höhe von 5% weitere Schwerpunkte in der Hochschulpolitik gesetzt. Der Wissenschaftsminister hat mit dem Motto – diese Entscheidung tragen die Hochschulpolitiker in meiner Fraktion nachdrücklich mit – „Köpfe vor Beton“ eindeutig dargelegt, dass in diesem Jahr bei den investiven Ausgaben eingespart werden muss, dass damit aber die empfindlichen Personalkörper weitgehend verschont werden; und damit hat er die richtige Weichenstellung vorgenommen. Demgegenüber fordert der Wissenschaftssenator Flierl aus Berlin einen Hochschulfinanzausgleich der Länder. Das heißt also, dass die anderen Länder die total verfehlte Wissenschaftspolitik Berlins und anderer Länder, die in der Bildungspolitik total daneben gelangt haben, ausgleichen sollen. So kann es nicht gehen. Und deswegen ist der Vergleich mit anderen Ländern, Herr Kollege Vogel, mehr als zulässig, wenn Bayern in einem solchen Maße mit in Anspruch genommen werden soll.

Unsere Antwort darauf heißt also: Wir müssen die Zukunftsfähigkeit Bayerns sichern und auch die Hochschulen am Konsolidierungsprozess beteiligen. Diese Beteiligung ist unausweichlich, wenn ich die übergeordneten Ziele der Zukunftssicherung und Handlungsfähigkeit Bayerns in der Hochschulpolitik langfristig erreichen will.

Drei Punkte sind hier miteinander zu verknüpfen. Das eine ist der Konsolidierungsbeitrag, der zu erbringen ist. Das zweite sind die bereits eingeleiteten Prozesse der Profil- und Exzellenzbildung. Das heißt also, die Fragen, welche Hochschule wie und dabei am besten aufgestellt ist, welches Fach wo am besten in der nationalen und internationalen Konkurrenz bestehen kann, miteinander

zu einem qualitätsorientierten Reformprozess zu verknüpfen. Alles andere wäre politische Unehrllichkeit. Wir sagen, es geht nicht ohne diesen schmerzhaften Neu- und Umorientierungsprozess. Dass dabei die einzelnen Hochschulen entsprechende Beiträge eigenverantwortlich erbringen müssen, gehört zum Prozess der hochschulpolitischen Fortentwicklung, soweit es die Übertragung von Eigenverantwortlichkeit und finanzpolitischer Handlungsverantwortung betrifft. Nur dieses Miteinander von Konsolidierungsbeiträgen und standortorientierter Profil- und Exzellenzbildung, verbunden mit dem richtigerweise von Kollegen Vogel apostrophierten Konzept einer regionalen Hochschullandschaft und deren Profilbindung wird die Hochschulpolitik am Standort Bayern erfolgreich werden lassen.

Würden wir Ihrem Weg folgen und die qualitätsorientierten Anstrengungen der Hochschulen nicht nur nicht belohnen, sondern geradezu verhindern, würden wir uns mittelfristig finanzpolitisch handlungsunfähig machen, sodass es uns nicht erlaubt wäre, weitere Zukunftsinvestitionen am Standort Bayern und eine zukunftsorientierte Hochschulpolitik zu betreiben. Wir können zum Dritten eine über einen längeren Planungszeitraum hinweg in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und mit eigenverantwortlichen Beiträgen der Hochschulen an der Landespolitik orientierte Hochschulplanung und Hochschulentwicklung auf den Weg bringen. Gerade aber der Planungszeitraum ist das positive und wichtige Zeichen des vergangenen Wochenendes. Die bayerischen Hochschulen haben sich mit der politischen Spitze zusammengesetzt und eine erste Entwicklungslinie für einen hochschulpolitischen Entwicklungsrahmen auf den Weg gebracht. Dass dies mit den unvermeidbaren Einsparungen korreliert, ist ein erster Anfang. Hier bedarf es gemeinsamer Anstrengungen über diesen Tag hinaus.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie sieht das aus? Erfahren wir davon etwas?)

– Wie das genau aussieht, kann ich Ihnen genau sagen. Wir werden die Entwicklungspläne der einzelnen Hochschulen, die sie uns vorlegen, auf die landespolitische Entwicklungsebene heben und die Entwicklungsrahmen in der Fächer- und Standortbestimmung zusammenbringen. Das ist Hochschulautonomie und die damit verbundene entsprechende landespolitische Aufgabe. Die Übertragung von Rechten, die Stärkung der finanzpolitischen und hochschulrechtlichen Situation der einzelnen Hochschulen erfordert genau diesen Eigenbeitrag und die Eigenanstrengungen der Hochschulen. Nur dann werden wir mittelfristig in der Lage sein, die von uns gemeinsam angestrebte dauerhafte, qualitativ hochstehende und mit hohen Absolventenzahlen versehene Hochschulpolitik in Bayern zu gestalten. Vor einem anderen Horizont sehe ich die Gefahr, dass wir eine hochschulpolitische Entwicklung nehmen, wie sie an anderen Standorten in der Bundesrepublik Deutschland längst erreicht ist. Wir würden dann keine Handlungsspielräume in der Hochschulpolitik mehr aufweisen können.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Können Sie als Präsident nichts machen, dass der besser redet?)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Solide Haushaltspolitik stellt die Weichen so, dass auch morgen noch solide gewirtschaftet werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie stellt die Weichen so, dass nicht unsere Kinder morgen den Wohlstand von heute zahlen müssen. Sie tun im Moment genau das Falsche. Sie stellen die Weichen falsch. Sie sparen mit dem Rasenmäher. Darüber können auch die spärlichen Schönheitskorrekturen nicht hinwegtäuschen, die Sie in den letzten Tagen eiligst vorgenommen haben. Sie sparen unsere Hochschulen kaputt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie richten heute in unserer Hochschullandschaft einen Flurschaden an, für den unsere Kinder schon heute und auch in Zukunft zahlen müssen. Wir brauchen eine Bildungspolitik, die unsere Kinder im Kindergarten, an der Schule, in der Ausbildung, in der Hochschule und in der Gesellschaft in die Lage versetzt, ihr Leben heute und auch morgen zu gestalten und zu meistern. Wir brauchen bessere Schulen und Hochschulen in Bayern. Bayern ist im internationalen Maßstab noch längst nicht Spitze. Schauen Sie sich die Rankings und internationalen Vergleichstests genau an. Es gibt ein paar wenige Funken, die hell aufstrahlen mögen – das mag einen in dieser adventlichen Zeit auch freuen –, die Masse liegt aber noch im Dunkeln. Internationalisierung, Forschungsaktivitäten, Gender Mainstreaming, mehr Autonomie, Bildungsgerechtigkeit, mehr Vielfalt und Demokratisierung sind die Herausforderungen für unsere bayerischen Bildungseinrichtungen, für unsere Hochschulen und für unsere Fachhochschulen im internationalen Kontext.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um die Zukunft zu meistern, müssen wir mehr Kinder besser lernen lassen. Wir brauchen mehr und bessere Abiturienten und Abiturientinnen. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Akademiker und Akademikerinnen. Die wichtigsten Ressourcen unseres Landes, Bildung, Forschung und Entwicklung, müssen vermehrt und nicht reduziert werden. Wir fordern deshalb verstärkte Investitionen in Bildung, Ausbildung und Fortbildung und natürlich in die Hochschulen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Goppel, es mag Ihnen gelungen sein, die Hochschulrektoren über den Tisch zu ziehen und auf Ihre Sparlinie einzuschwören. Man wundert sich, wenn auf derselben Seite ein- und derselben Zeitung Sie einerseits mit der Ankündigung weiterer Sparrunden in der Größenordnung von 5% in den Jahren 2006 bis 2008 andererseits aber mit dem Versprechen von Planungssi-

cherheit bis 2008 zitiert werden. Eine schöne Planungssicherheit ist das.

Da die Hochschulrektoren Sie kennen und wissen, dass Reformen von Ihnen teuer erkaufte werden müssen, werden sie sich vielleicht auf dieses Spiel einlassen. Wir jedenfalls tun das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie jetzt vollmundig die große Hochschulreform ankündigen, macht das verdächtig. Sie versprechen den Hochschulen mehr Autonomie und stellen Globalhaushalte sowie die Beschränkung auf Zielvereinbarungen in Aussicht. Ich werde dabei aber den Verdacht nicht los, dass Sie ganz andere als diese hehren Ziele im Auge haben. Der Globalhaushalt kann nämlich sehr schnell zum trojanischen Pferd werden, wenn er das Spardiktat ins Innere der Hochschulen hineinträgt. Sie wären glaubwürdiger, wenn Sie zunächst den Spardruck von den Hochschulen nähmen und ihnen dann die Freiheit gäben. Die Universitäten und Fachhochschulen in Bayern werden nicht erst durch die bevorstehenden Sparvorhaben in ihrer Existenz bedroht – sie sind seit Jahren unterfinanziert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Durch die geltenden Haushaltssperren von teilweise mehr als 20% werden die vom Landtag beschlossenen Haushaltspläne Makulatur. Die Angst vor weiteren Sperren und dem alljährlichen Ausgabenstopp im Herbst eines Jahres führten zu unsinnigem Ausgabeverhalten und zu einem Ausgabenwettlauf an den Hochschulen und den einzelnen Fakultäten. Wer bis zum Sommer seine Gelder nicht ausgegeben hat, ist selbst schuld, wenn die Haushaltssperre zuschlägt. Bibliotheken können in diesem Semester kein einziges Buch mehr anschaffen. Zeitschriftenabos werden zu Tausenden abbestellt. Manche Bibliotheken haben Öffnungszeiten wie Postfilialen.

Wir freuen uns darüber, dass in diesen Zeiten immer mehr junge Menschen einen Hochschulabschluss anstreben. Bei steigenden Studierendenzahlen sind jedoch weitere Einsparungen an den Hochschulen nicht zu verkraften. Um die Qualität der Hochschulausbildung zu sichern und international wettbewerbsfähig zu werden, müssen auch und gerade die Betreuungsrelationen an den Hochschulen verbessert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Investitionen in Köpfe haben Priorität. Herr Dr. Goppel, dazu haben auch Sie sich dieser Tage bekannt. Hoffentlich sind es dann keine Betonköpfe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was tun Sie? – Sie zwingen die Hochschulen dazu, im nächsten Jahr genau diese Köpfe, die wir brauchen, einzusparen. Selbst bei einer Kürzung um 5% betrifft dies immer noch 1200 Menschen, die an unseren Hochschulen – zu unser aller Nutzen – lehren und forschen wollen. Planlos – ohne Sinn und Verstand – werden nach dem

Zufallsprinzip Stellen gestrichen, die ersten hundert frei werdenden Stellen an der LMU, hundert an der TU, sechzig in Erlangen und je vierzig in Regensburg und in Würzburg.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Falsch!)

– Ich wäre froh, wenn das falsch wäre. Herr Kollege Dr. Spaenle, wir werden sehen, ob diese Zahlen tatsächlich falsch sind. Derjenige, dessen Vertrag gerade endet, hat eben Pech gehabt und seine Fakultät mit ihm. Diese ganze Misere wird dann noch als „Profilbildung“ verkauft. Das ist blanker Etikettenschwindel. Eigentlich wäre das ein Fall für den Verbraucherschutzminister. Der tut jedoch auch nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gehört schon ein gerüttelt Maß an Ignoranz dazu, wenn man die Tatsache, dass Rufe an bayerische Universitäten angesichts der Sparvorhaben und Sparankündigungen nicht angenommen werden, mit Schulterzucken quittiert. Herr Dr. Goppel, das haben Sie anlässlich meiner letzten mündlichen Anfrage im Plenum getan.

Führt man so Wissenschaftsbetriebe? – Herr Dr. Goppel, wie fühlt sich ein Schöngeist – der Sie sicher sein wollen –, wenn mit der Universitas in Bayern so umgegangen wird? Herr Dr. Goppel, wir erwarten Sie auf den Barrikaden und nicht am Kopf eines Tisches, an dem die faulen Kompromisse zulasten unserer Hochschulen ausgehandelt werden. In der Hochschulpolitik gibt es viel zu tun. Sie müssen die Hochschulen vom engen Zügel lassen und das Fachhochschul-Konzept noch einmal auf den Prüfstand stellen. Der bauliche Zustand vieler Hochschulen ist beklagenswert. Hier gäbe es übrigens durch ökologische Sanierungs- und Energieeffizienzmaßnahmen große Einsparpotenziale.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade in diesen Zeiten dürfen wir nicht an der Bildung sparen. Deshalb dürfen die Etats der Hochschulen im Jahre 2004 und in Zukunft nicht gekürzt werden. Beherrigen Sie beim Nachtragshaushalt den Rat Ihres Vorgängers, der in Beantwortung einer schriftlichen Anfrage von mir mit Blick auf die Haushaltsansätze Folgendes schrieb:

Es ist jedoch dringend geboten, künftige Berechnungen auf der Basis realistischer Preissteigerungsfaktoren und insbesondere unter Berücksichtigung eines ebenso realistischen Sperresatzes durchzuführen.

Stärken Sie unsere Hochschulen im internationalen Wettbewerb und sparen Sie sie nicht kaputt. Ermöglichen Sie ihnen Internationalisierung und geben Sie den jungen Menschen in Bayern die Chance auf die bestmögliche Ausbildung. Dies wird sich langfristig auch volkswirtschaftlich am meisten auszahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir mit der Rednerliste fortfahren, möchte ich Sie über den weiteren Ablauf informieren, da es gegenüber der Vereinbarung im Ältestenrat eine Änderung gibt: Herr Staatsminister Dr. Schnappauf hat die Fraktionen gebeten, über die Anträge zum Thema „Sondermüll“ heute noch zu beraten. Dabei handelt es sich um die Dringlichkeitsanträge unter den Tagesordnungspunkten 7 und 8. Die Fraktionen haben dieser Verfahrensweise einvernehmlich zugestimmt. Vorgesehen ist, dass diese Anträge ab 16.45 Uhr aufgerufen werden. Nach unserem Plan sind wir mit der Aktuellen Stunde um 16.30 Uhr fertig. Die Aktuelle Stunde könnte jedoch auch länger dauern. Danach werden die Ersten Lesungen erfolgen. Auf Wunsch der GRÜNEN sollten wir mit der Beratung der Dringlichkeitsanträge erst ab 16.45 Uhr beginnen.

Für den heutigen Tag wurde das Sitzungsende auf 17.30 Uhr festgelegt. Das bedeutet, dass nach 17.30 Uhr keine Abstimmung mehr erfolgen kann. Das schließt jedoch nicht aus, dass wir die Debatte etwas länger führen. Ich möchte aber ankündigen, dass die Debatte auf jeden Fall um 18.00 Uhr geschlossen wird, damit wir noch eine halbe Stunde Zeit bis zum Beginn der folgenden Veranstaltung haben. Sollte die Debatte länger als 17.30 Uhr laufen, wird die Abstimmung morgen im Anschluss an die Fragestunde erfolgen. Besteht mit dieser Vorgehensweise bei den Fraktionen Einverständnis? – Das ist der Fall. Wir fahren deshalb in der Reihenfolge der Wortmeldungen fort. Das Wort hat Frau Kollegin Rupp.

Adelheid Rupp (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Dr. Spaenle, Sie haben beim Einstieg in Ihre Rede auf Berlin verwiesen. Das ist ein geradezu lächerliches Ablenkungsmanöver, weil Sie in Bayern seit über 40 Jahren für die Hochschulen zuständig sind.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Gott sei Dank!)

Sie haben es in dieser Zeit nicht geschafft, die Hochschulen zukunftsfähig zu machen. Jetzt behaupten Sie, die Hochschulen würden durch Sparmaßnahmen zukunftsfähig.

(Beifall bei der SPD)

In der letzten Zeit ist der Eindruck entstanden, dass diese Hochschulen völlig in Ordnung wären. Tatsächlich ist die Situation an den Hochschulen für die Studierenden, gerade bezüglich der Frauenförderung und der Frauenbeteiligung an wissenschaftlichen Prozessen, katastrophal. Wir befinden uns in der Situation, dass die Zahl der Studierenden rasend zunimmt. Sie wollen in dieser Situation kürzen. Ein Professor muss heute bis zu 300 Studierende betreuen. Das sind keine optimalen Studienbedingungen. Die Seminare sind überfüllt, die Vorlesungen sind überfüllt und die Bibliotheken sind mangelhaft ausgestattet. Das ist die derzeitige Realität. Wenn Studierende Seminararbeiten zu schreiben haben, müssen sie teilweise bis zu zwei Wochen warten, bis sie die ausgeliehenen Bücher erhalten. Einige Lehrstühle werden zum Teil seit Jahren nicht besetzt. Beim

Fach BWL ist in München seit sechs Jahren ein Lehrstuhl vakant. Das ist die Realität an den Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte die Situation an einem ganz konkreten Beispiel deutlich machen: Im Fach Anglistik kann an der LMU die Studienordnung nicht mehr eingehalten werden, weil es zu wenig Dozenten gibt. Die Seminarplätze werden verlost. So viel zu den von Ihnen angeführten guten Studienbedingungen an bayerischen Hochschulen. Im Fach Anglistik werden an der LMU die Studienplätze verlost, weil die Studierenden vor der Universität campiert haben, um sich möglichst frühzeitig für das Seminar einzuschreiben.

Sie verfolgen den Kurs: Optimieren durch Sparen. Sie machen damit das Gleiche wie das Land Niedersachsen. Niedersachsen hat damit nur früher angefangen. Dort stand schließlich keine Landtagswahl bevor. Die Situation an den bayerischen Hochschulen ist katastrophal. Sie glauben jedoch, durch Kürzungen die Studienbedingungen an den Hochschulen – und um diese geht es – verbessern zu können.

Das Gegenteil wird der Fall sein. Das sehen wir bereits in Niedersachsen: Die Studiensituation ist wesentlich schlechter geworden.

Ein zweiter Bereich betrifft die Frauen – das ist ein Thema, das es schon sehr lange gibt und das auch hier immer wieder thematisiert wurde. Wie sieht die Situation der Frauen aus? Wir haben inzwischen einen Abiturientinnenanteil von 53,7%. Die Studienanfängerinnen an den Universitäten haben einen Anteil von 56%. Der Anteil von Frauen bei Promotionen beträgt immerhin noch 34,6%; der Anteil von Frauen an Habilitationen beträgt 14,9%, wobei die Habilitation durchschnittlich im Alter von 39 Jahren abgeschlossen wird.

Sie verweigern sich weitgehend der Juniorprofessur. Dies ist auch eine Strategie, um das Habilitationsalter nicht zu verkürzen, sondern auf dem Level zu halten, der seit vielen Jahren existiert. Damit sind wir bei dem schönen Thema Professuren. Der Frauenanteil an C-4-Professuren liegt gerade einmal bei 5,3%. Sie legen ungeheuer viel Wert auf Rankings, nach denen es heißt: Wir stehen oben. In diesem Bereich steht Bayern aber ganz weit unten. Sie haben bisher noch nichts dafür getan, um diese Situation zu verbessern.

An diesem Punkt möchte ich nun Minister Goppel zitieren. Nachdem ich es gelesen habe, hatte ich tatsächlich den Eindruck: Der Mann hat es verstanden. Ich lese das Zitat vor: Die erfolgreiche Förderung von Frauen halte ich für einen wichtigen Gradmesser für die Reformfähigkeit der Hochschulen. Das ist wirklich erstaunlich. Nun würde man erwarten, dass unendlich viel an Förderung kommt, dass Initiativen ergriffen werden, dass mit dem Gleichstellungsgesetz und mit Frauenförderplänen tatsächlich etwas vorangebracht wird. Nichts dergleichen ist aber der Fall. Stattdessen wird ein lächerlicher Preis in Höhe von 25000 € für ein Konzept ausgeschrieben, das die Gleichstellung fördert. Gleichzeitig werden 5% gekürzt, und wahrscheinlich vor allem in jenen Berei-

chen, die Frauen betreffen, nämlich bei den befristeten wissenschaftlichen Mitarbeitern – das sind hauptsächlich Frauen.

Ein letzter Satz. Ihnen muss klar sein, dass Reformen für die Zukunftsfähigkeit der Hochschulen im Zentrum stehen müssen, nicht aber Sparmaßnahmen ohne Konzept, ohne eine Idee für die Zukunftsfähigkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Stockinger.

Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Vogel, Sie haben vorhin einen Satz gesagt, den ich voll unterschreiben kann und dem ich absolut zustimme: Sie haben von der hervorragenden Hochschullandschaft in Bayern gesprochen. Ihre Kollegin Rupp hat gerade das Gegenteil behauptet. Wem soll ich jetzt glauben? Ich glaube in diesem Fall Ihnen, Herr Kollege Vogel; Sie sind für Ihre Fraktion auch schon länger im hochschul- und bildungspolitischen Geschäft. Ich meine, dass Sie eine richtige Feststellung getroffen haben. Ansonsten waren von der SPD – das muss ich leider sagen – nur desaströse Kritik, Schwarzmalerei und Angstmalerei, aber keine Visionen und insbesondere auch keine konstruktiven Vorschläge für die Zukunft unserer bayerischen Hochschulen zu hören.

(Zurufe von der SPD)

Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es besteht einfach ein Dissens darüber, was konstruktive Vorschläge sind. Ich verstehe darunter etwas anderes als Sie. Sie wehren sich fürchterlich dagegen, dass diesbezüglich Berlin zitiert wird. Ich tue Ihnen den Gefallen und zitiere noch einmal Berlin; denn das, was in Berlin zugunsten und zuungunsten unserer Hochschulen passiert, ist schon entsetzlich. Die Bundesregierung lässt die Länder Ende Juli immerhin wissen, dass der Entwurf des Bundeshaushaltes für den Aus- und Neubau von Hochschulen für das Haushaltsjahr 2004 nur noch Bundesmittel in Höhe von 0,925 Milliarden € vorgesehen wird – 2003 waren es 1,1 Milliarden €. Immerhin ist das eine Kürzung von 16%. Darüber hinaus ist in der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung hinsichtlich Bundesmitteln für den Hochschulbau für das Jahr 2005 nur noch die Rede von 890 Millionen €, für das Jahr 2006 von 840 Millionen € und für 2007 von 760 Millionen €. Das heißt, der Bund führt sein Engagement, zu dem er verpflichtet ist, schrittweise um 31 % zurück. Das sind Tatsachen, die zu belegen sind und die auch in die Diskussion eingebracht werden müssen.

Wenn wir um Deregulierung ringen, muss diese Deregulierung zunächst bei den Rahmenvorschriften des Bundes, beim Hochschulrahmengesetz, ansetzen, das uns einen zu engen Kragen anlegt. Diese bundesrechtlichen Vorschriften sind es, die die Hochschulautonomie behindern.

(Zurufe von der SPD)

Ich sehe dann sogar noch einen ganz dunklen Streifen am Horizont: Die SPD im Bund ist der Meinung, die Bildungspolitik und damit auch die Hochschulpolitik sei künftig nicht mehr Angelegenheit der Länder. Meine Damen und Herren, Sie wollen in Berlin an einem Kernbereich der Landeshoheit rütteln. Das lassen wir mit unseren bayerischen Hochschulen nicht machen. Die SPD und der Bund dürfen unsere Hochschulen nicht nach unten deregulieren.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Das ist das Ziel, an dem wir uns orientieren müssen.

(Karin Radermacher (SPD): Das glauben Sie doch selbst nicht!)

– Kolleginnen und Kollegen, wir sind beim Thema, Sie haben das aber noch nicht kapiert.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, 1998 war der Freistaat Bayern das Land mit der fortschrittlichsten Hochschulreform aller Bundesländer. Die Länder haben reihenweise bei uns abgeschrieben. Wir haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich unsere Hochschulen international auf Spitzenplätzen befinden. Wir haben damals die Möglichkeit geschaffen, Bachelor- und Master-Studiengänge einzurichten. Das ist Zukunftspolitik für unsere Hochschulen gewesen. Dass die Hochschulen, vor allem aber auch die Wirtschaft noch nicht gelernt haben, mit den Bachelor- und Master-Studiengängen umzugehen, steht auf einem anderen Blatt Papier. Unsere Aufgabe wird auch sein, Pfeile in diese Richtung zu schießen, damit wir endlich eine Anerkennung des Bachelor-Abschlusses als berufsqualifizierenden Hochschulabschluss bekommen und nicht länger jeder denkt, er muss unbedingt einen Master draufsetzen, um mit einer alten Diplomausbildung konkurrieren zu können.

Wir werden Ihnen im nächsten Jahr – damit möchte ich schließen – den Entwurf einer umfassenden Reform des Bayerischen Hochschulgesetzes vorlegen. Wir stellen alles auf den Prüfstand. Unser Maßstab ist der „Qualitätspakt Hochschule“. Wir werden dann die Rahmenbedingungen insbesondere dadurch schaffen, dass wir ein entschlacktes Hochschulrecht bereitstellen werden. Allerdings appellieren wir bereits heute an die Hochschulen, bereit zu sein, Verantwortung zu übernehmen; denn diese Verantwortung seitens der Hochschulen ist wesentliche Voraussetzung für ein gemeinsames Miteinander zum Wohle unserer bayerischen Hochschullandschaft.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte zunächst kurz zu den beiden Vorrednern von der CSU Stellung nehmen. Sie hatten gesagt, dass die SPD-Darstellung der Univer-

sitätslandschaft Schwarzmalerei sei. Von Herrn Spaenle wird ein sehr positives Bild gezeichnet. Ich muss schon fragen: Lesen Sie keine Zeitung? Wo leben wir denn?

(Zurufe von der CSU: In Bayern!)

Wer hat denn an den Universitäten demonstriert? War das die SPD, oder waren das die Studenten, oder hat vielleicht die SPD die Demonstrationen an die Universitäten getragen? Gehen Sie doch einmal zu Demonstrationen an die Universitäten und sagen Sie den Studenten: Berlin hat daran die Schuld. Sie würden Sie auslachen; denn Berlin hat in diesem Fall natürlich nicht die Schuld.

(Beifall bei der SPD)

Es ist geradezu lächerlich, auch bei diesem Thema wieder die alte Mühle „Berlin hat daran Schuld“ anzuwerfen. Erzählen Sie das den Studenten. Sie werden sich wundern, welche Antworten Sie bekommen.

Ich möchte kurz etwas zu den Studiengebühren sagen.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Zu welchen?)

Paul Wilhelm, uns allen noch als Vorsitzender des Hochschulausschusses bekannt, hat im Juni 2002 – das ist noch gar nicht so lange her – gesagt: Die Landtagsfraktion der CSU plant keine Studiengebühren.

(Zuruf von der SPD: Lügner!)

Ebenso äußerte sich der damalige Minister, Hans Zehetmair. Wir wissen dies auch aufgrund verschiedener Anfragen.

Er sagte: Das Erststudium ist gebührenfrei – keine Studiengebühren. In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 04.06. wurde diese Äußerung der CSU-Fraktion folgendermaßen kommentiert: „Man muss wohl ergänzen: Zumindest nicht vor der Wahl im Herbst 2003.“

Kaum waren die Wahlkreuze auf den Wahlscheinen trocken, wird von der CSU nach dem Motto gehandelt: Was interessieren uns die Wahlversprechen von gestern? Der neue Minister Goppel verkündet sofort die Einführung von Studiengebühren, sobald das möglich ist. Versprochen – gebrochen: Hier haben wir ein Paradebeispiel dafür.

(Beifall bei der SPD)

Mich überzeugt kein einziges der genannten Argumente. Für mich sind diese Argumente nur vorgeschoben und sollen eines bewirken: Die Studiengebühren sollen die fehlenden finanziellen Ausstattungen der Hochschulen egalisieren. Das Land Bayern zahlt weniger und dafür sollen die Studenten bluten. Der Staat spart auf Kosten der Studenten. Damit sind wir nicht einverstanden und damit können wir nicht einverstanden sein. Für mich ist das eine reine Abzockerei und weiter nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was spricht gegen die Studiengebühren für das Erststudium? Studiengebühren sind sozial ungerecht. Sie bauen Barrieren auf und es werden noch weniger Kinder aus sozial schwachen Familien ein Hochschulstudium anstreben. Schon jetzt kommen nur 8 % aus den unterprivilegierten Schichten, die meisten – 43 % – sind aus der Oberschicht. Selbst wenn Stipendien gewährt werden, bleibt die Schere im Kopf erhalten. Viele fürchten das hohe Darlehen, das sie zurückzahlen müssen – ganz im Gegensatz zu den Studenten aus der Oberschicht, denen alles gezahlt wird, die dann schuldenfrei studieren können und einen tollen Anfang im Berufsleben haben.

Ich kann nur sagen: Das ist sozial ungerecht. Wir Sozialdemokraten sind – das übrigens seit 140 Jahren – die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

(Thomas Kreuzer (CSU): Gewesen!)

– Gewesen und sind es heute noch.

Für uns heißt das: Jeder, der die entsprechende Begabung hat, soll auch studieren können. Für uns ist entscheidend, was der Sohn oder die Tochter im Kopf hat und nicht, was der Vater im Geldbeutel hat. Deshalb lehnen wir die Studiengebühren für Erstsemester eindeutig ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann diese These auch beweisen: In den Jahren 1983 bis 1990 – damit komme ich zum Schluss – wurde das BAföG als Vollدارlehen gewährt, das heißt, jeder Pfennig musste zurückgezahlt werden. Das Ergebnis war damals: Obwohl der Kreis der Förderungsberechtigten ausgeweitet wurde, ging die Anzahl der Geförderten zurück. Das ist sozial ungerecht und deswegen lehnen wir Studiengebühren ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Martin Neumeyer.

Martin Neumeyer (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Was man sparen nennt, heißt einen Handel für die Zukunft abzuschließen.“ Der Satz stammt nicht von mir, sondern von George Bernhard Shaw und er sagt die Wahrheit. Deswegen ist die CSU-Fraktion für die Sparmaßnahmen der Staatsregierung auch im Hochschulbereich. Gleichzeitig haben wir natürlich Verständnis für die Demonstrationen und Streiks. Demonstrieren heißt auch Fragen stellen, Fragen junger Menschen an die Politik. Die Politik hat die Verantwortung, die Antworten zu geben. In dem Wort „Verantwortung“ steckt das Wort „Antwort“. Wir wollen eine Antwort gegen, um den Handel mit der Zukunft abzuschließen. Welche Alternativen gibt es zum Sparen? Es gibt keine Alternativen. Diese Sparprogramme sind nicht unbedingt eine bayerische Erfindung; es gibt sie auch in Hamburg, im Saarland, in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen. Sie werden natürlich sagen: „Das geht uns in

Bayern alles nichts an“. Doch, es geht uns sehr wohl etwas an, weil wir mit den Universitäten in Konkurrenz stehen.

Ich weiß, dass in Sachsen 360 Stellen abgebaut werden sollen, es sollen finanzielle Einschnitte in fast allen Bundesländern vorgenommen werden, in Niedersachsen 40 Millionen Euro 2004, 10 Millionen Euro 2005, es erfolgen radikale Einschnitte bis zur Schließung einiger Fachhochschulen, in Sachsen erfolgt nach vier Semestern über der Regelstudienzeit die Zwangsexmatrikulation, es erfolgt eine Konzentration auf wenige Studiengänge und wenige Studienplätze in Sachsen. Weil man sagt, man müsse sparen was geht. In Hessen erfolgen Einsparungen von 35 Millionen Euro in 2004. Es erfolgt die Einführung von Studiengebühren, sofern das Verfassungsgericht es zulässt. In Nordrhein-Westfalen – ein rot-grün regiertes Bundesland –: im kommenden Jahr ein Stellenabbau von 316 Stellen und eine Arbeitszeitverlängerung von 40 auf 41 Stunden. Das Ruhestandsalter für Dozenten wird von 65 auf 68 Jahre erhöht – Rot-Grün regiert. Das rot-grün regierte Berlin: Allein 30 Millionen Euro Minus bei der Humboldt-Universität, Schließung ganzer Fakultäten und das Gespräch über Studiengebühren findet kein Ende.

48 % der Deutschen sind für Sparmaßnahmen auch im Hochschulbereich. Das ist eine Aussage, über die wir uns unterhalten müssen. Diese Sparmaßnahmen sind auch eine Chance. Es ist Kreativität gefragt, genauso wie bei den Demonstrationen und den Schildern. Ich war bei einer Demonstration in Passau mit 3000 Studenten – nicht unbedingt freundlich empfangen, aber wir haben uns der Diskussion mit den Studenten gestellt und unsere Meinung kundgetan. Ich glaube, auch das ist ein richtiger Weg für die CSU und die Staatsregierung. Man kann zynisch sagen: „5 % weniger“, man kann es aber auch anders sagen: 95 % werden immerhin noch gegeben.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Was ist uns eigentlich die Bildung wert? Sie ist uns viel wert, sogar sehr viel, weil wir wissen, dass allein die Bildung unsere Ölquellen sind. Wir müssen jetzt die Basis für die Ölquellen schaffen, damit sie in der Zukunft sprudeln.

Sehr geehrter Herr Vogel, die Zeit des Vollkaskostudiums ist vorbei. Sie werden sich dem Thema Studiengebühren nicht verschließen können. Studiengebühren sind nicht mehr unter Naturschutz gestellt. Das hat Herr Wowereit bewiesen und das haben auch viele andere SPD- und GRÜNEN-Politiker bewiesen. Sie müssen mit Ihren Parteifreunden in der Bundesrepublik reden; alle denken über Studiengebühren nach. Studiengebühren sind in der Zukunft pekuniäre Realität. Wenn man es ganz genau betrachtet – 600 € pro Semester, 1200 € pro Jahr – dann ist der Kindergarten teurer als ein Semester pro Monat. Man muss realistisch mit den Tatsachen umgehen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein Satz zu Studiengebühren: Das ist eine Investition für jeden Studenten in seine eigene Zukunft und deshalb ist es richtig, auf diesem Weg weiterzugehen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie sind doch für Bürokratieabbau!)

Demonstrationen, Streiks und Jammern bringen keinen einzigen Euro in die Kasse. Man muss risikofreudiger und kreativer werden. Vielleicht haben wir alle vergessen, was in der Bibel steht oder vielleicht haben wir es nur nicht verstanden. Ein Bibelzitat – wir von der Christlich-Sozialen Union müssen bibelfest sein –: „Nach den sieben fetten Jahren kommen die sieben mageren Jahre“. Wenn wir die sieben mageren Jahre gut überstehen, kommen auch wieder sieben fette Jahre. Deswegen werden wir es mit einer vernünftigen Sparpolitik schaffen, das zweite Wunder von Bern zu erleben.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hufe.

Peter Hufe (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war jetzt Ihre Jungfernsprache, Herr Neumeyer, aber ein bisschen von dem abzuweichen, was das Ministerium aufgeschrieben hat, wäre in manchen Fällen nicht schlecht gewesen.

(Martin Neumeyer (CSU): Es ist kein Wort aufgeschrieben!)

Wir haben die vorweihnachtliche staade Zeit und da darf man sich einen Moment zurückerinnern. Ich tue das jetzt. Ich erinnere mich, dass vor wenigen Monaten dort ein Wissenschaftsminister gesessen hat – der neue sitzt etwas näher bei Stoiber, der andere hat auf der anderen Seite des Hauses gesessen – und der war ein wackerer Kämpfer gegen Studiengebühren. Er war ein wackerer Kämpfer gegen den Globalhaushalt. Er war ein wackerer Kämpfer gegen das Selbstbestimmungsrecht der Universitäten.

Er war ein wackerer Kämpfer für ein Sonderberufungsrecht für Herrn Prof. Oberreuther. All dies hat der wackere Kämpfer Zehetmair in diesem Haus verkündet und den Beifall der CSU Fraktion gefunden.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Und der jetzige haut auf den Zehetmair drauf!)

Jetzt haben wir eine andere Situation. Wir haben einen neuen Wissenschaftsminister, der genau das Gegenteil verkündet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

Er ist für Studiengebühren. Er ist für das Selbstbestimmungsrecht der Universitäten. Er ist für das Berufsrecht der Universitäten.

(Margarete Bause (GRÜNE): Er ist für Einsparungen!)

– Moment, Moment. Und wieder ist die CSU begeistert. Ich wundere mich schon, wie schnell sich die Richtung in diesem Hause je nach Lage der Regierung nach rechts oder links

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Das ist Euer Problem!)

näher an Herrn Stoiber heran, oder etwas weiter weg bewegt. Jetzt heißt es also, es gibt eine Reform. Ich habe noch aus den Nachrichten im Ohr, dass etwas „nach Kassenlage“ finanziert wird. Rentenpolitik wird nach Kassenlage gemacht, die Gesundheitspolitik wird nach Kassenlage gemacht: Das alles sind fremdbestimmte Parameter, doch wir wissen, dass in die Rentenkassen und in die Krankenkassen einbezahlt wird. Jetzt aber kommt neu hinzu: Bildungspolitik nach Kassenlage. Dieses Modell wird erstmals hier im Freistaat Bayern praktiziert. Jetzt soll es also Studiengebühren geben. Es soll Globalhaushalte geben. Es soll das Selbstbestimmungsrecht geben, aber nicht, weil man der Einsicht folgt, dass es vielleicht vernünftig wäre, den Universitäten mehr Freiräume zu geben. Man will diese Reformen vielmehr durchführen, weil die Staatsregierung Einsparpotentiale sucht und den Schwarzen Peter an die Universitäten weiter zu schieben versucht. Man sagt: Na ja, wir geben Euch die Rechte, dann könnt Ihr mit diesen Rechten einsparen. Dann habt Ihr den Schwarzen Peter, dann habt Ihr zu vertreten, wenn die Hörsäle zu klein sind, wenn die technischen Voraussetzungen nicht gegeben sind, wenn die Professoren nicht kommen. Wir haben dann aber eine weiße Weste.

Jetzt zu erzählen, dass die Kassenlage erst heute bekannt geworden ist und nicht schon vor dem 21. September bekannt war, das ist wohl die größte Volksverdummung, die man in den letzten zwei, drei Jahren im Freistaat Bayern gehört hat.

(Karin Radermacher (SPD): Es ist eine Lüge! – Beifall bei der SPD)

Weil die Studierenden Sorgen um die Zukunft haben, Herr Dr. Spaenle, gehen sie jetzt auf die Straße. Deshalb protestieren sie gegen die Sparpolitik der CSU. Es war deshalb nicht nur das Spardiktat, sondern Herr Minister Goppel, es waren wohl auch handwerkliche Fehler, die dazu geführt haben, dass Professoren ihren Ruf nicht angenommen haben, dass spontan Stellenkürzungen und Einstellungsstopp verkündet worden sind.

Ich will jetzt einmal sagen – weil wir heute darauf noch nicht zu sprechen gekommen sind – wo die Ursachen für diese Misere zu suchen sind. Sie liegen nicht in den willfähigen Erfüllungsgehilfen Stoiberscher Politik. Sie liegen vielmehr im Problem Ministerpräsidenten selbst. Dort ist der Ehrgeiz angesiedelt, Musterknabe in der Bundesrepublik Deutschland zu sein.

(Karin Radermacher (SPD): Koste es was es wolle!)

Dieser Ehrgeiz, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für dieses Land gefährlich.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU)

Ich glaube, die Aufzählung, die ich am Anfang gemacht habe, lässt doch nur einen Schluss zu: Alles ist jetzt anders als vor Monaten. Das heißt: Ministerpräsident Stoiber kann hier vorschlagen was er will, die Minister und die CSU Fraktion sagen: Lieber mit Stoiber irren als gegen Stoiber Recht haben. Das ist das Ergebnis der Politik, die hier von Ihnen vorgestellt wird.

(Beifall bei der SPD)

Eine Politik mit diesem Ergebnis lehnen wir ab. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und die Nachdenklichkeit, die jetzt zutage getreten ist.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Nadler. Bitte.

Walter Nadler (CSU): Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Hufe, wir irren uns selten, egal ob mit oder ohne Ministerpräsident.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist ein bisschen Hybris!)

Wenn ich an meinen Kollegen Rabenstein denke, dann muss ich sagen, er hat es wohl mit dem Satz, über den mancher Journalist schmunzelt und der da lautet: Was in der Zeitung steht, stimmt. – Lieber Kollege Hufe, es scheint der blanke Neid herauszusprechen, wenn Sie sagen, bei uns werden die Reden aufgeschrieben. – Nein, bei uns wird nichts aufgeschrieben, wir arbeiten selbst. Wir lassen nicht arbeiten.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN, Zurufe von der SPD)

Wir lassen auch nicht lesen. Wenn Sie so etwas bringen, ist das genauso unredlich, wie die Tatsache, dass Sie heute hier die Studiengebühren in die Diskussion einbringen, in der es um die Finanzierung geht. Studiengebühren kommen erst später.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wer hat das den hier eingebracht!)

– Liebe Frau Bause, Studiengebühren verbleiben bei den Hochschulen, sie kommen nichts anderem zugute, und sie dienen keinen Finanzlöchern, welche die rot-grüne Bundesregierung verschuldet hat.

Im Grunde genommen geht es doch nicht nur um finanzielle Aspekte. Lassen Sie mich doch einmal in Erinnerung rufen, was wir in der vergangenen Periode zur Sicherung unserer Hochschulen getan haben. Das Studium ist verkürzt worden, zum Beispiel durch die Einführung einer Zwischenprüfung nach dem vierten Semester. Die Zuweisung von Mitteln und Stellen ist stärker an das Leistungsprinzip geknüpft worden. Die Lehre ist deutlich verbessert worden. Denken Sie doch nur an die obligatorische Einführung der Studiendekane, eines Lehrbe-

richts und soweit. Die Eigenverantwortung der Hochschulen ist erhöht worden, in Personalfragen ebenso wie in Finanzfragen. Viele Befugnisse sind vom Ministerium an die Hochschulen übertragen worden. Aus Zeitgründen kann ich nicht im Einzelnen auf alle Möglichkeiten eingehen, die allein die Finanzautonomie den Hochschulen gebracht hat. Wir haben die Hochschulleitung gestärkt und den Hochschulrat eingeführt. Damit ist der Hochschule Sachverstand von außen zugeführt worden.

(Karin Radermacher (SPD): Haben die das vorher nicht gehabt?)

„So viel Auswahl an Studierenden durch die Hochschule wie rechtlich möglich“ und „freie Fahrt für Weiterbildungsangebote der Hochschule“, das wären weitere Punkte, die zu nennen sind.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das machen Sie jetzt alles kaputt!)

Früher als alle anderen deutschen Länder haben wir eine umfassende Reform angepackt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Es mag sein, dass die Zukunft der Hochschulen irgendwo in Gefahr ist, sicherlich aber nicht in Bayern. Dabei verkenne ich nicht, das wir auch in der vor uns liegenden Periode noch die eine oder andere Reform angehen müssen. Auch eine Hochschule lebt, deshalb muss auch das Drumherum immer wieder neu auf den Prüfstand. Die bisherigen Leistungen, gerade auch die finanziellen, für die Hochschulen und die Erfolge der bayerischen Hochschulen sprechen für sich. Sehen Sie sich doch die Rankings an, Frau Gote. Natürlich kann man sagen, wir holen uns nur das Negative heraus. Es gibt aber eine ganze Menge positives. Sagen wir doch einfach: Wo viel Licht, ist manchmal Schatten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dort ist viel Schatten!)

– Das zu sagen, habe ich bewusst unterlassen. Wenn ich die Rankings ansehe, die Patentanmeldungen, dann bildet das alles eine gute Basis für die Zukunft.

Ich darf weiterhin, meine Damen und Herren, an die Investitionen aus der High-Tech-Offensive erinnern. Haben wir mit der Neugründung von Fachhochschulstandorten nicht ein flächendeckendes Netz von Hochschulen geschaffen? Dafür haben wir 153 Millionen Euro aufgewandt. 18 Fachhochschulen mit 23 Standorten. Nennen Sie mir ein SPD regiertes Bundesland, das auch nur ansatzweise solche Investitionen durchführte.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Im Rahmen der High-Tech-Offensive des dritten Teils der „Offensive Zukunft Bayern“ stehen 1,35 Milliarden Euro für die Förderung der Spitzentechnologie bereit. Nehmen Sie den Schwerpunkt High Tech Campus Martinsried, Großhadern. Das ist das weltweit führende Zentrum der Biotechnologie. Nehmen Sie den zukunftsorientierten Bereich der neuen Werkstoffe. Hier setzen die nordbayerischen Universitäten Akzente. Augsburg tut es im Bereich der Umwelttechnik. Erlangen und Nürnberg tun das in der Medizintechnik und der Informations- und Kommunikationsbereich wird landesweit ausgebaut.

Einer der Schwerpunkte wird Passau sein. In Coburg bei der Fachhochschule wird es den neuen Schwerpunkt Versicherungs- und Finanzwirtschaft geben. Oder nehmen Sie den Forschungsreaktor München II: Er wurde mit 435 Millionen Euro aus Mitteln des Freistaats vorfinanziert.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das Geld war falsch angelegt! Hätten Sie das lieber in die Hochschulen gesteckt!)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zu den Spitzenleistungen in der Forschung. Ich denke dabei an die neuen Sonderforschungsbereiche, die ihre Arbeit im nächsten Jahr an der LMU aufnehmen werden.

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen. Meine Damen und Herren, hätte der Bund seine Verpflichtungen erfüllt und sich finanziell an dem beteiligt, was wir an Vorleistungen für Hochschulbaumaßnahmen erbracht haben – 1,1 Milliarden Euro – dann würden wir heute 550 Millionen Euro einstecken können. Deshalb sage ich zu Herrn Kollege Vogel: Wenn Sie sich wirklich verdient machen wollen an der bayerischen Landespolitik, dann gehen Sie nach Berlin. Fordern Sie Ihre Genossinnen und Genossen auf, die 550 Millionen Euro hierher zu schicken, dann geht es unseren Hochschulen besser, dann geht es Bayern insgesamt besser.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Weidenbusch. Bitte, Herr Kollege.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die Opposition führt heute die Beschwerde, es ginge zu schnell.

(Zurufe von der SPD)

Dem Ministerpräsidenten werfen Sie vor, er spare zu schnell, wir hätten doch mehr Zeit.

(Zuruf von der SPD: Wer hat das gesagt?)

– Herr Vogel, und zwar ganz am Anfang. Dazu, Herr Vogel, müssen Sie sich schon sagen lassen, nicht alles, was Ihnen zu schnell geht, ist zu schnell. Vielleicht sind Sie einfach nur zu langsam.

(Beifall bei der CSU)

In Ihrer Pressemitteilung vom 5. Dezember fordern Sie mehr Unabhängigkeit der bayerischen Hochschulen. Gleichzeitig fordern Sie heute von der Staatsregierung die Vorlage detaillierter Sparvorschläge für die Universitäten. Das ist das Gegenteil. Dabei kann es Ihnen nicht schnell genug gehen.

(Unruhe bei der SPD)

– Ich weiß, dass Sie es nicht mögen, wenn man genau das wiedergibt, was Sie sagen. Das passt nämlich nicht in Ihre Veröffentlichungen.

(Margarete Bause (GRÜNE): In Ihr Konzept passt es auch nicht!)

– In mein Konzept passt es wunderbar. Ich habe Herrn Vogel nur zuhören müssen, um zu wissen, was ich hier sagen muss. Wir brauchen gar nichts von einem Ministerium. Sie liefern hier doch eine Vorlage nach der anderen. Sie, Frau Bause, Frau Gote, Herr Vogel – das ist kein Problem. Sie haben auch nicht nur Schwierigkeiten mit dem Tempo; Sie haben auch Schwierigkeiten mit der Richtung. Herr Vogel hat zum Beispiel gesagt – oder haben Sie das nicht gesagt? –: „Die bayerische Hochschule genießt einen hervorragenden Ruf.“ Herr Vogel, das haben Sie doch gesagt, oder? Zehn Minuten später erklärt Frau Rupp: „Die Situation an Bayerns Hochschulen ist katastrophal.“

(Unruhe bei der SPD – Marianne Schieder (SPD): Es ging um konkrete Beispiele!)

– Ihre konkreten Beispiele widersprechen sich, und dann hoffen Sie, dass Sie mit diesem Unsinn auf irgendeine Weise in der Zeitung stehen. Das ist es doch, worum es Ihnen geht.

(Beifall bei der CSU)

Die Fraktion der GRÜNEN, die die Strategie der Besserwiseropposition verfolgt, ist nun am Wochenende gescheitert.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wochenlang haben Sie verkündet, Sie wüssten, wie es geht, und die Studenten würden Ihnen hinterherlaufen. Dabei hatten Sie die vage Hoffnung, dass das das Lehrpersonal an den Hochschulen ebenfalls tut. Dann war der Minister beim Rektorengipfel, es gab eine Einigung, und jetzt ist Ihre Strategie beim Teufel. Deshalb stellen Sie sich nun hierher und diffamieren die Rektoren, sie hätten sich am Wochenende über den Tisch ziehen lassen. Das ist ja wunderbar. Wenn Sie jedes Mal, wenn es nicht so läuft, wie Sie meinen, irgendjemand suchen, den Sie diffamieren, dann werden Sie die nächsten fünf Jahre beschäftigt sein.

Frau Gote, auch an Ihnen ist die Hochschule in Bayreuth ganz offensichtlich nicht spurlos vorbeigegangen. Es war ein Erfolg, dass man Sie dort ausgebildet hat. Es ist erfrischend, Ihnen zuzuhören, wenn man vom politischen Inhalt Abstand nimmt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Weidenbusch, einen Augenblick bitte. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vielleicht können die Zwischenrufe etwas gedämpfter ausfallen. Vielen Dank.

(Margarete Bause (GRÜNE): Herr Weidenbusch, jetzt reden Sie zur Sache!)

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Vogel, ich komme zurück auf Ihre Aussage, Bayerns Hochschulen besäßen einen hervorragenden Ruf. Das ist zweifellos richtig, und das ist das Verdienst der Politik der CSU und der Staatsregierung. Belassen Sie es dabei.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Werner Schieder. Bitte, Herr Kollege.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Jetzt wird es giftig!)

Werner Schieder (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur ein paar wenige Anmerkungen von mir, wie diese Debatte vielleicht auch einzuordnen ist. Spätestens seit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten in diesem Hause wissen wir eines ziemlich sicher, nämlich dass die CSU ihrer Regierungsverantwortung in diesem Lande nicht mehr gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist nämlich klar, dass Sie in diesem Lande nicht mehr aufbauen, sondern dass Sie in diesem Lande nur noch abbauen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich hier vorhin viel mit der Vergangenheit beschäftigt. Das mag ja alles sein, aber die Vergangenheit ist vorbei, und wir sollten uns jetzt mit der Gegenwart und der Zukunft beschäftigen.

Meine Damen und Herren, nur weil der Zufall der Geschichte Ihnen bei der Landtagswahl ein paar Stimmen mehr beschert hat, haben Sie noch lange nicht das Recht, in diesem Land den Abbau zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Meine feste Überzeugung ist, dass Ihr ganzes Programm nichts weiter ist als ein gigantisches Abbruchunternehmen für Bayern.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Realitätsverlust!)

Wir werden mit vielen anderen zusammen diesem Abbruchunternehmen einen entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Darauf können Sie sich verlassen!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, so weit kommt man, wenn man Politik nicht mehr mit dem Verstand, sondern nur noch nach Glaubenssätzen macht. Als angeblich christliche Partei – so vermute ich jedenfalls – hat die CSU doch eine besondere Affinität zu Glaubenssätzen. Aber in diesen modernen Zeiten ist es nicht mehr der Bischof von Freising, der Ihnen die Dogmen formuliert, sondern es sind die modernen Professoren-Hohepriester, ob sie nun Sinn oder Henzler heißen. Ihr neues Dogma lautet – nicht erst seit heute, aber immer deutlicher: „Wir glauben

an die Segnungen des ausgeglichenen Staatshaushalts.“

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich weiß ja nicht – weil ich nicht dabei war –, wie oft die Kabinettsmitglieder in den Kabinettsitzungen diesen Satz haben wiederholen müssen: „Wir glauben an die Segnungen des ausgeglichenen Staatshaushalts.“ Wahrscheinlich hat der ganze Kabinettschor das mehrmals wiederholen müssen: „Ja, Herr, wir glauben an die Segnungen des ausgeglichenen Staatshaushalts!“

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Das hat natürlich Folgen, meine Damen und Herren; denn Sie sehen in Ihrer ideologischen Verblendung nicht mehr die düstere Realität frustrierter Hochschullehrer; Sie sehen nicht mehr die enttäuschten und um ihre Chancen betrogenen Studenten; Sie sehen nicht mehr die ausfallenden Seminare und die schlecht ausgestatteten Bibliotheken und anderes, wovon hier die Rede war. Das sehen Sie nicht mehr. Nein, Sie sehen nicht nur die Realität nicht mehr – es ist geradezu grotesk –, Sie halten das alles auch noch für eine Segnung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das, was Sie nicht begreifen, ist, dass man einen Staatshaushalt nicht ausgleichen kann wie Tante Emma ihre Bilanz am Monatsende und dass man einen Staatshaushalt nicht konsolidieren kann, wenn die Konjunktur nicht läuft. Sie sollten sich ein Beispiel am Bundesfinanzminister nehmen.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Um Gottes Willen!)

Der hat nämlich richtig erkannt, dass man bei Steuerausfällen nicht auch noch hinterher sparen darf, weil man die Situation damit nur noch schlechter macht. Das ist genau das, was Sie machen.

(Beifall bei der SPD)

Es kommt jetzt darauf an, die Situation zu stabilisieren. Das verstehen Sie nicht, weil Sie an ein Dogma glauben. Sie destabilisieren die Lage hier, und das kommt auch daher, weil Sie an ein Dogma glauben. Sie von der CSU sind die letzte Bastion der Dogmatiker in Europa zum Schaden Bayerns und zum Schaden Deutschlands.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen muss ich zum Schluss noch einmal deutlich feststellen: Sie tragen nicht nur eine erhebliche Verantwortung für die Beschädigung der Hochschullandschaft in Bayern, sondern Sie tragen auch eine erhebliche Verantwortung dafür, dass die Konjunktur in Deutschland und in Bayern beschädigt wird. Dass es weniger Wachstum und mehr Arbeitslose in Bayern gibt, liegt in Ihrer Verantwortung. Deshalb meine ich, es ist richtig, was ich eingangs gesagt habe: Man kann mit Fug und Recht behaupten: seit der Regierungserklärung Ihres famosen Ministerpräsidenten wissen wir, dass Sie der Verantwortung für das Land Bayern nicht gerecht werden.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich erteile das Wort Herrn Staatsminister Dr. Goppel. Bitte, Herr Staatsminister.

(Zurufe von der SPD)

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Das ist interessant. Alleine der Auftritt von 90 kg Goppel veranlasst Sie zu blöden Bemerkungen. Ich weiß gar nicht warum.

(Karin Radermacher (SPD): Das werden wir gleich hören!)

Es wäre vernünftig, wenn wir anständig miteinander umgingen.

Ich habe die ganze Zeit zugehört und mit „großer Freude“ registriert, dass insbesondere Herr Schieder Formulierungen wählt, die angesichts der Entscheidung von Bundeskanzler Schröder, die Hanauer Wiederaufbereitungsanlage von Siemens nach China zu exportieren, nur aus Berlin stammen können. „Ja Herr, wir glauben an die Segnungen.“, das kann nur aus Berlin sein. Sie sollten die Texte, die Sie von dort per SMS bekommen, nicht in den Bayerischen Landtag bringen. Das ist Abstruses vom „Schröder-Tisch“, das gibt es bei uns nicht. Wir sagen „Edi“.

(Lachen bei der SPD)

Lassen Sie mich nun auf den Ernst der Stunde zurückkommen. Kein Mensch in diesem Haus gehört zu den Sadisten, und kein Mensch in diesem Haus ist begeistert, dass in diesem Lande gespart werden muss. Sparen Sie sich diese „hirnrissigen“ Bemerkungen. Diese taugen überhaupt nichts.

(Beifall bei der CSU)

Wir sorgen uns gemeinsam, dass es in Zukunft mit den Geldern nicht mehr klappt. Wir haben deswegen Sorge, weil in Berlin niemand kapiert, dass man mit dem Geld fremder Leute sorgsam umgehen muss und uns stattdessen jedes Jahr weiter in den Dreck fährt. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Das ist die schmerzhafteste Wahrheit!)

Die erste Folge ist: Man muss sparen. Wir müssen aber leider einen weiteren Schritt tun. Sparen reicht nicht mehr. In dem Augenblick, in dem die Investitionsquote durch die Verschuldung von 43 Milliarden Euro – was Berlin nach dem 23. September 2003 zugegeben hat – weit überschritten wird, stellt sich nicht mehr die Frage: „Was wird nicht mehr ausgegeben?“, sondern: Wo kommt Geld her?, damit wieder etwas ausgegeben werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Es geht um das Haushalten und nicht nur um das Sparen. Beim Haushalten müssen alle mithelfen. Anders ist das beim Sparen. Deshalb sollten Sie entweder Ihre Texte umschreiben, oder wir sollten anders anfangen. Wir haben uns entschieden, die Lasten auf alle gleichmäßig zu verteilen, um danach die zwingenden Notwendigkeiten erkennen zu können, wie das Geld anders ausgegeben werden muss. Als ersten Schritt haben wir 10 % Einsparungen für den gesamten Haushalt vorgesehen. Dies wurde aufgrund der Zusage des Ministerpräsidenten an die bayerische Bevölkerung festgelegt.

(Widerspruch von der SPD)

– Durch lautstarkes Brüllen wird es hier nicht leerer.

(Zurufe von der SPD)

– Hören Sie doch endlich auf.

Ich habe dasselbe Recht wie andere auch in diesem Haus.

(Karin Radermacher (SPD): Was erlauben Sie sich eigentlich! – Weitere Zurufe von der SPD – Glocke der Präsidentin)

– Nein, es wird ständig dazwischengerufen, verehrte gnädige Frau – Sie tun es auch. Ich halte es aber für notwendig, einen Gedanken zu Ende führen zu können. Wenn Sie mich daran hindern wollen, haben sie eine falsche Hochschule besucht – jedenfalls keine bayerische.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Thema zurück. 10 % Einsparungen soll für alle gelten. Vor der Wahl hat der Ministerpräsident ausdrücklich gesagt, bis 2006 würden die Neuverschuldungen abgebaut. Anschließend hat er erklärt, die für alle festgelegten Sparquoten müssten differenziert werden, damit in den einzelnen Bereichen der Aufbau und das Wachstum gleichzeitig eingeleitet werden kann. Deswegen wurde die Sparquote dort, wo es viel Personal gibt – im Kultus- und Innenressort – auf 2,5 % zurückgefahren und auf 5 % im Wissenschaftsressort. In anderen Ressorts, die vornehmlich investieren, liegt die Quote bei 15 %. Der Ausgleich ist also geschaffen, und wir sind dabei, ihn sehr präzise umzusetzen.

(Widerspruch bei der SPD)

– Das ist keine Lüge, sondern das ist die Zusage, dass bei uns keine Neuverschuldung mehr stattfindet und zwar in der Größenordnung, dass diejenigen, die mehr Entwicklungsspielraum brauchen, weniger haushalten müssen als diejenigen, bei denen dies nicht der Fall ist.

Wir handeln das sehr genau. Nun stellt sich die Frage, wie wir damit umgehen. Ich bin kein Sadist, ich bin kein Träumer, und ich bin auch kein Sozialist,

(Karin Radermacher (SPD): Das kann man auch wirklich nicht behaupten!)

indem ich den anderen Leuten Geld wegnehme, das sie noch gar nicht haben. Ich gehe ganz realistisch an die Sache heran.

Ich habe mit den Präsidenten der Hochschulen Gespräche geführt und werde das auch mit den Präsidenten der Fachhochschulen tun; denn auch diese gehören zum Ressort. Im Übrigen haben Sie die Fachhochschulen genauso „oft“ erwähnt wie wir – nämlich kaum. Wir reden zunächst über die Universitäten – da bin ich Ihrer Meinung – und sehen dann, wie wir die anwendungsbezogenen Hochschulen ins Boot nehmen können.

Die Ausgangssituation ist also folgende: Wir haben mit den Präsidenten/Rektoren der Hochschulen geredet und gemeint, dass das Personal für die Fakultäten, die für die Zukunft und den Aufbau der Hochschule wichtig sind, nicht so stark getroffen werden soll. Beim kommenden Personalwechsel soll der Abbau möglichst klein gehalten werden. Unter dieser Maxime sind wir uns am letzten Sonntag nicht einig geworden, sondern wir haben ein Rohkonzept erstellt. Dieses muss in den nächsten Wochen mit Inhalten gefüllt werden. Sie behandeln dies schon so, als ob es schon verabschiedet werde, weil die „Süddeutsche Zeitung“ dies so zum Ausdruck gebracht hat. Aber es sind weder die Hochschulen noch ich bis ins letzte Detail festgelegt.

Wir haben ausdrücklich vereinbart, dass wir möglichst wenig Personal abgeben und möglichst viele Wiederbesetzungen ermöglichen wollen. Wir wollen aber auch sicherstellen, dass an den Hochschulen die Fakultäten und die Studienordnungen nach 40 Jahren überprüft werden, ob sie noch sinnvoll sind. Die Überprüfung funktioniert nur, wenn ein paar Stellen abgegeben werden, sodass nachher der Neuaufbau gemacht werden kann. Dieser Umtrieb – Herr Kollege Vogel, im kleinen Gespräch waren wir uns schon einig – ist zwingend notwendig, damit die Hochschule in Bewegung ist.

Ich will hier ausdrücklich unterstreichen, dass es auch mir lieber wäre, wenn es zusätzliche 500 Stellen gäbe. Ich hätte auch gerne zusätzliches Geld, um neue Häuser bauen zu können. Dazu braucht man aber eine gesamtwirtschaftliche Situation, in der man den Leuten zumuten kann, dafür Geld auszugeben. Man muss dem Handwerksmeister zumuten können, den Studenten die Semester zu finanzieren und darf ihm nicht zumuten, darüber hinaus statt der Dividende die Schulden tragen zu müssen. Er muss die Sicherheit haben, in 30 oder 40 Jahren sich nicht dumm und dämlich zahlen zu müssen, weil wir jetzt zu viel Geld ausgegeben haben.

(Werner Schieder (SPD): Das ist ein Schmarrn!)

Das ist der Ausgangspunkt. Trotzdem sagen Sie den Leuten, es sollen weiterhin Schulden gemacht werden.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

Sie sagen das in jeder Haushaltsberatung. Sie sagen das nicht nur in der Aktuellen Stunde. Sie müssen den Leuten aber dazu sagen, dass die Jungen das später nicht werden finanzieren können. Von uns erfahren Sie solche Aussagen, wie Norbert Blüm und andere Sozial-

politiker sie gemacht haben, nicht mehr. Es ging nach dem Motto: Eines ist sicher, das ist die Rente. Nach 20 Jahren wissen wir, dass man nicht so leichtfertig mit solchen Dingen umgehen darf, sondern dass man die Demographie und anderes berücksichtigen muss, um die Zukunft zu planen. Das tun Sie nicht. Sie planen Gegenwart. Das ist zu wenig. Der Auftrag der Politik ist weiter gefasst.

(Beifall bei der CSU)

Wir machen zur Haushaltskonsolidierung mit den Hochschulen ein Programm „2004 – Einsparungen“. Die Einsparungen betragen insgesamt 5% und nicht, wie die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt, 7,7% nur beim Personal, wobei es Verschiebungen zugunsten des Personals gibt, weil wir es nicht ausgrenzen wollen, da es gebraucht wird. Belastet werden die momentanen Bauvorhaben, die man in ein, zwei Jahren leichter wieder finanzieren kann.

Für 2005 bis 2008 wurde Folgendes vereinbart: Wir überlegen, wie die Hochschule der Zukunft in Bayern aussehen kann. Wir werden gemeinsam feststellen, welche Vorlagen aus anderen Bereichen wir übernehmen können und wo wir die Schwerpunkte setzen. Wir überlegen, ob wir Globalhaushalte machen werden – wir haben nicht gesagt, dass – ob wir Studiengebühren erheben wollen; wir haben nicht gesagt, dass – ob wir bei der Zuteilung von Zuständigkeiten die Hochschulen ermächtigen wollen. Das sind offene Fragen, die wir in den nächsten Jahren lösen wollen. Ich sage ausdrücklich: Bei den Studiengebühren gibt es keinen Paradigmenwechsel. Hans Zehetmair war der Meinung, dass wir das nicht machen könnten, weil wir kein Recht dazu hätten, kein Geld hätten und die Situation nicht stimme. Ich sage, dass die Studiengebühren anders benannt werden müssen, weil der Begriff „ausgelutscht“ ist.

(Lachen bei der SPD)

Es könnte „Bildungsbeitrag“ heißen.

(Zurufe von der SPD)

– Weil jeder etwas anderes darunter versteht.

Studiengebühren sind keine Einnahmen des Finanzministers, sondern sie sind Beiträge der Studenten zur Gestaltung ihrer eigenen Studien, sie sind an der Hochschule zu belassen und dort zu verbrauchen. Sie sollen nichts anderes erreichen als die Lehre zu verbessern.

(Beifall bei der CSU)

Sie wollen die soziale Komponente hören. Ich mache es kurz, weil ich nach Verlängerung meiner Redezeit Ihnen neue Zeit einräumen würde.

Ich möchte abschließend ausdrücklich festhalten: Die Situation ist ganz einfach. Wir wünschen uns, dass das Stipendiensystem sozial ausgewogen ist und niemand ausgegrenzt wird. Der Student soll aber auch künftig in der Gesellschaft Konditionen vorfinden, um mit gutem Gewissen an die Hochschule gehen zu können, weil sich

die Gesellschaft das leisten kann. Werden die Schulden zu hoch, müssen die Schulden von gestern abfinanziert werden. Dagegen wehre ich mich. Deshalb trete ich an der Seite der Studenten für solide Finanzverhältnisse im nächsten Jahr ein.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Einbildung ist auch eine Bildung! – Weitere Zurufe von der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Goppel.

Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 2

Gesetzentwurf der Abgeordneten Joachim Herrmann, Thomas Kreuzer, Peter Welthofer und Fraktion (CSU)

zur Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes (Drucksache 15/93)

– Erste Lesung –

Wird der Gesetzentwurf vonseiten der Antragsteller begründet? – Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die allgemeine Aussprache. Wird das Wort gewünscht? – Nein. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass erst ab 16.45 Uhr die Tagesordnungspunkte 7 und 8 beraten werden sollen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 3

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. mit dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Damit übernimmt der Landtag einstimmig diese Voten.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 4 a**Besetzung von Gremien****Wahl der nichtberufsrichterlichen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs**

Elf Mitglieder sind auf Vorschlag der CSU-Fraktion, drei Mitglieder auf Vorschlag der SPD-Fraktion und ein Mitglied auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zu wählen. Außerdem haben die Fraktionen das Vorschlagsrecht für die jeweils gleiche Anzahl von stellvertretenden Mitgliedern. Im Einzelnen können die von den Fraktionen benannten Persönlichkeiten der Ihnen vorliegenden Liste entnommen werden.

(siehe Anlage 2)

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Besteht damit Einverständnis, dass gemäß § 42 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag von geheimer Wahl Abstand genommen wird? – Das ist der Fall, Widerspruch erhebt sich nicht. Ich schlage außerdem vor, über die Fraktionsvorschläge gemeinsam abzustimmen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen. Wer den Vorschlägen der Fraktionen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Ich höre gerade, dass wir jetzt in die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 7 und 8 eintreten können.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ulrike Gote, Ruth Paulig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Konzept für die Sondermüllbehandlung in Bayern (Drucksache 15/20)****Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Helga Schmitt-Bussinger, Hans Joachim Werner und anderer und Fraktion (SPD)****Sondermüllentsorgung in Bayern (Drucksache 15/21)**

Das Wort hat Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute hier einen Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN vorliegen, der sich erneut mit dem Sonderabfall in Bayern beschäftigt. Wir fordern ein tragfähiges, umfangreiches Konzept für die Sondermüllbehandlung in Bayern. Im September gab es bekanntlich in der Anlage Ebenhausen der GSB eine massive Betriebsstörung mit Freisetzung von Phosphin. Das war die bisher schwerste Betriebsstörung bei der GSB. Wir wissen alle, dass es dort katastrophal zugeht. Es ist in den letzten drei Jahren besser geworden, aber insgesamt ist kein Konzept vorhanden.

Lassen Sie mich kurz unsere Kritikpunkte aufzählen und dann nach vorne schauen.

(Karin Radermacher (SPD): Wo ist Schnappauf? – Christian Meißner (CSU): Der kommt gleich! Sie werden das Wasser noch halten können! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Schnappauf wird hoffentlich gleich kommen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir wurde signalisiert, dass ich jetzt die beiden Tagesordnungspunkte aufrufen kann. Dann hätten Sie bitte vorher signalisieren müssen, dass der Herr Staatsminister noch nicht im Saal ist. Bitte, Frau Kollegin, fahren Sie mit Ihrer Rede fort.

Ruth Paulig (GRÜNE): Es wäre mir natürlich ganz recht gewesen, er wäre von Anfang an da gewesen. Er hat heute nämlich eine große Pressemitteilung herausgegeben und ein neues Konzept für den Sondermüll angekündigt. Ernst & Young sind beauftragt, ein Gutachten für die strukturelle Neugestaltung zu machen. Ich frage Sie und nachher Herrn Schnappauf: Im März 2002 hatten wir erst ein neues Konzept von der Firma Prognos vorgelegt bekommen, eine Wirtschaftsstudie. Auch die hat uns nicht weiter geholfen. Wir müssen uns wirklich fragen, ob wir mit neuen Studien diese vielfältige Problematik lösen können.

Zur CSU-Fraktion: Sie haben in diesem und im Jahr davor zwei prägnante Sondermüllanträge mit Lösungsvorschlägen eingebracht: Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Vermeidung von Sondermüll. Das ist sicher die richtige Zielsetzung. Wenn wir uns aber den Bericht dazu anschauen, der seit einiger Zeit vorliegt, sieht man, der Sondermüll nimmt nicht ab. In dem Bericht sind 38 Forschungsvorhaben aufgeführt, die teilweise abgeschlossen sind. Dennoch haben wir in Bayern in den nächsten Jahren weiterhin massiv Sondermüll. Der Berg nimmt nicht ab. Diese Zielsetzung können Sie sich an den Hut stecken, bei der Intensität, mit der an dem Problem gearbeitet wird. Fünf Einrichtungen, darunter die BfA in Augsburg und noch manche andere – so der Forschungsverbund für Abfallforschung und Reststoffverwertung, das Forschungs- und Entwicklungszentrum für Sondertechnologien in Schwabach oder das Applikations- und Technikzentrum für Energieverfahrens-, Umwelt- und Störungstechnik in Sulzbach-Rosenberg und das LFV –, es ist kein Fortschritt erkennbar. Der Sondermüll ist ein gravierendes Problem. Sie hatten noch einen schönen Antrag gestellt auf der Drucksache 14/10159, „Sondermüll ordnungsgemäß entsorgen statt auf die Felder zu kippen“. Ich muss Ihnen sagen: fantastisch. Es stand so nett darin, man soll an dem „Konzept Vermeiden und Verwerten“ festhalten. Ich frage Sie: Was ist passiert? – Der Sondermüll ist auf die Felder gekippt worden. Nichts ist passiert, wir haben massive Probleme.

Fehlanzeige eins: Sondermüll wird nicht vermieden und verwertet in Bayern.

Fehlanzeige zwei: Die Studie Prognos hat uns nichts gebracht; ich frage nach den Kosten. Ich frage auch nach den Kosten für die neue Studie von Ernst & Young. Es ist schade um das Geld, denn die Studie wird uns nicht retten. Sie soll betriebswirtschaftliche und marktanalytische Entscheidungsgrundlagen liefern. Die Staatsregierung muss jetzt entscheiden.

Kommen wir zur dritten Fehlanzeige: solide Haushaltsplanung. Wir haben einen Bericht zur GSB in Bayern vom Juli 2003, Bankverbindlichkeiten Ende 2001 von über 60 Millionen Euro. Der Höhepunkt war im Jahr 2000 ein Jahresfehlbetrag von 23 Millionen Euro. Wir haben seit 1996 ständig Fehlbeträge bei der GSB, es gibt verheerende Verluste. Sie schreiben so nett in dem Bericht an den Haushaltsausschuss, die Liquidität wäre „einstweilen gesichert“. Sie ist nur deswegen einstweilen gesichert, weil die Banken im zweiten Halbjahr 2002 und 2003 auf die Rückzahlung verzichtet haben; die Tilgung wurde ausgesetzt.

Das nennen Sie Sicherung. Wir kennen die wirtschaftlichen Konzepte, um aus den Miesen zu kommen: Das ist zum einen Personalabbau oder man ersetzt qualifiziertes Personal durch minder qualifiziertes –, zum anderen ein höherer Sondermülldurchsatz, damit der Betriebsumsatz steigt. Wenn sie einen besonders giftigen Müll verbrennen, bekommt die GSB noch mehr. Man braucht also möglichst viel Durchsatz mit möglichst viel giftigem Müll, um die Betriebsergebnisse einigermaßen zu sichern. Das ist kein Sondermüllkonzept, also Fehlanzeige.

Fehlanzeige vier: Fehlanzeige ist auch beim störungsfreien Ablauf festzustellen. In den drei letzten Jahren – das waren die drei besten Jahre – gab es jede Woche mehr als eine Betriebsstörung; es gab 50 bis 60 Betriebsstörungen pro Jahr und mindestens einmal im Monat eine Grenzwertüberschreitung. Das ist kein störungsfreier Ablauf, also Fehlanzeige!

Fehlanzeige fünf: Fehlanzeige ist auch festzustellen, wenn wir sehen, was mit dem Sondermüll in Bayern passiert. Wir haben einen florierenden Sondermülltourismus. Nahezu 40 % – 37 % – des in Bayern anfallenden Sondermülls werden außerhalb Bayerns entsorgt. Sie sagen immer, das gehe alles in die Bergwerke. Acht Prozent gehen in die Bergwerke zur Verfüllung, wobei man die vielleicht auch noch anders entsorgen könnte; ansonsten gehen 37 % Sondermüll raus aus Bayern. 21 % Sondermüll kommen aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland rein nach Bayern. Also Fehlanzeige. Wir haben in Bayern einen florierenden Tourismus mit Sondermüll.

Nun lassen Sie mich auf die Forderungen in unserem Antrag auf Drucksache 15/20 zu sprechen kommen. Zuallererst fordern wir ein elektronisches Erfassungssystem für den Sonderabfall. Was uns derzeit vorliegt, ist eine Sonderabfallstatistik aus dem Jahr 2000, die noch auf den Begleitpapieren beruht. Wir brauchen aber eine umfassende aktuelle Sondermüllerfassung.

Dann brauchen wir eine branchenspezifische Bilanzierung, um zu erkennen, wo man branchenspezifisch Son-

dermüll vermeiden kann. Wir brauchen die Überprüfung der Verwertungswege nach ökologischen Kriterien. Die Bilanzierung eröffnet die Chance, Betriebe, die vorbildlich arbeiten, die Sondermüll vermeiden, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt zu behandeln. All diese Forderungen haben Sie im Umweltausschuss abgelehnt.

Wir fordern auch, dass die Gesellschafter der GSB, Industrie, die Wirtschaft und Kommunen sich verpflichtet fühlen, ordnungsgemäß über die GSB zu entsorgen. Auch diese Forderung haben Sie abgelehnt. Leider haben Sie auch die Forderung abgelehnt, ein wirklich solides Finanzkonzept zu erarbeiten.

Heute wird dazu eine Presseerklärung vom Ministerium herausgegeben. Endlich wird erkannt, dass es kein Sondermüllkonzept gibt. Alles, was bis jetzt hier angeführt wurde – die Verordnung zum Abfallwirtschaftsplan Bayern vom Dezember 2001 enthält drei Zeilen zum Sondermüll – ist kein Konzept, das kann man vergessen. Weil man sieht, dass ein Konzept fehlt und dass wir uns mit der gesamten Sondermüllentsorgung in Bayern auf brüchigem Boden befinden, kommt jetzt die EU ins Spiel: Wir müssen angesichts der neuen europäischen Deponierichtlinien neue Rückstellungen, neue Garantieleistungen in zweistelliger Millionenhöhe einbringen. Damit kommen weitere erhebliche finanzielle Zusatzbelastungen auf die GSB zu. Hier kann es möglicherweise zu einem großen Teil Entlastungen durch „Umstrukturierungen“ geben. Das Wort „möglicherweise“ habe ich jetzt eingefügt; das steht nicht einmal in der Pressemitteilung. Ich frage mich also, wie angesichts dieser desolaten Lage Ernst & Young eine betriebswirtschaftliche, marktanalytische Entscheidungsgrundlage schaffen sollen. Die Staatsregierung hat es bis jetzt nicht geschafft, ein Sondermüllkonzept auf die Beine zu stellen, das finanziell und ökologisch wirklich tragfähig wäre, das Müllvermeidung voranbrächte und den Mülltourismus eindämmen würde. Das haben wir nicht. Stattdessen haben wir Betriebsstörungen, Finanzlöcher, schlicht und einfach ein Desaster.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Manfred Weiß (CSU))

– Da geben Sie mir doch direkt Recht, Herr Weiß.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Jetzt bin ich neugierig darauf, was uns Herr Schnappauf heute verkaufen wird. Es reicht nicht aus, auf die neuen Anforderungen der EU zu verweisen. Es gibt neue Anforderungen. Wir werden auch eine neue Regelung für die Abfallverbringung bekommen, und das ist gut so. Man versucht, den Mülltourismus quer durch Europa und bei uns den Mülltourismus in die anderen Bundesländer einzudämmen. Das ist richtig. Es ist aber dennoch notwendig, jetzt ein wirklich tragfähiges Konzept zu erarbeiten, anstatt irgendwelche Studien. Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass die Prognos-Studie, die gerade ein-einhalb Jahre alt ist, überhaupt nichts gebracht hat. Jetzt kommt wieder eine neue Studie. Herr Schnappauf, Sie müssen handeln, und darum empfehle ich als ersten Schritt die Zustimmung zu unserem Antrag „Konzept für die Sondermüllbehandlung in Bayern“.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nun erteile ich Herrn Kollegen Werner von der SPD-Fraktion das Wort.

Hans Joachim Werner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jahrelang wurde uns und den Menschen in der Region Ingolstadt – wie im Übrigen auch den Menschen in Schwabach – vorgegaukelt, in den GSB-Anlagen sei eigentlich alles in Ordnung, von ein paar Betriebsstörungen und kurzfristigen Grenzwertüberschreitungen abgesehen. Dann kam es dummerweise elf Tage vor der Landtagswahl zum Austritt des hochgiftigen Phosphin, und das hat jedermann überdeutlich vor Augen geführt, dass hier ein Pulverfass existiert, das jederzeit hochgehen kann.

(Zuruf von der CSU)

Die Menschen in der Nachbarschaft der GSB-Anlage Ebenhausen wissen, dass der bayerische Umweltminister ganz, ganz weit weg von den Menschen ist. Weil es aber am 10. September nur noch wenige Tage bis zur Landtagswahl waren, folgten die üblichen Beschwichtigungen – auch nach diesem unheimlichen Vorfall. Eine Gefahr – so die offiziellen Verlautbarungen – für die Bevölkerung habe nicht bestanden. Heute wissen wir: Die GSB wurde von einer unfähigen Geschäftsführung geleitet. Gerade die wurde aber doch, auch auf Druck des bayerischen Umweltministers, vor wenigen Jahren eingesetzt, um mit den Missständen Schluss zu machen, die eine noch unfähigere Geschäftsführung zuvor hatte einreißen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, in Ihrer heutigen Presseerklärung schreiben Sie, Sicherheit und Umweltverträglichkeit der Abfallentsorgung hätten im Freistaat Bayern seit jeher höchste Priorität. Spätestens seit dem 10. September wissen wir aber: Zumindest die Aussage „seit jeher“ ist frei erfunden. Da müssen Sie sich nicht wundern, wenn Ihre Glaubwürdigkeit heute nicht größer ist als vor dem 10. September, im Gegenteil. Immerhin räumen Sie jetzt nach der Wahl in Ihrer Pressemitteilung ein, es sei nicht von der Hand zu weisen, dass bei der GSB einiges in Ordnung zu bringen ist. Donnerwetter, kann ich da nur sagen. Zu diesem Zweck haben Sie beim Beratungsunternehmen Ernst & Young ein Gutachten in Auftrag gegeben. Hätte es noch eines Beweises dafür bedurft, dass Sie Wirtschaftlichkeit vor Sicherheit der Bevölkerung stellen: Jetzt haben Sie ihn erbracht.

(Beifall bei der SPD)

Ernst & Young hat sich in der Vergangenheit nicht gerade durch eine besondere Kompetenz in Umweltfragen oder gar in den speziellen Fragen der Abfallentsorgung ausgezeichnet. Die Firma hat ihre Qualitäten eher dadurch unter Beweis gestellt, dass sie Aktienunternehmen besser oder schlechter bewertet, um langfristig für bessere Kurse zu sorgen. In Sachen Sondermüllentsorgung und Umweltkompetenz ist mir diese Firma bislang nicht bekannt geworden. Wir brauchen eigentlich gar

nicht viel Geld für ein Gutachten auszugeben, um zu erfahren, dass sich die Gefahr von Störfällen, besonders in der Anlage in Ebenhausen, dann verringert, wenn die Menge des in Ebenhausen jährlich zu verbrennenden Sondermülls auf 100 000 Tonnen reduziert wird. Deshalb haben wir das zum wiederholten Male in unseren Antrag hineingeschrieben.

Bei der Gelegenheit beantrage ich gleich die namentliche Abstimmung zu unserem Antrag. Im Übrigen reichen diese 100 000 Tonnen auch aus, um den bayerischen Sondermüll zu entsorgen. Bei einer Schließung der Anlage in Schwabach – aus wirtschaftlichen Gründen wäre dies durchaus vertretbar, auch dazu brauchen wir keine neue Studie – reicht das immer noch. Die Menschen und die Bürgerinitiativen in Ebenhausen und in Schwabach lassen sich nicht gegeneinander ausspielen. Sie arbeiten Hand in Hand und sagen, in Bayern fällt Sondermüll an, natürlich brauchen wir zur Beseitigung dieses Sondermülls Anlagen, aber unter umweltverträglichen Bedingungen und ohne die Bevölkerung ständig großen Gefahren auszusetzen. Beauftragen Sie also kein Unternehmen wie Ernst & Young, sondern ein anderes Unternehmen, das Ihnen sagt, wie man Sondermüll künftig vermeiden kann; denn das wäre die beste Strategie, die Menschen vor den Gefahren der Sondermüllbeseitigung zu schützen. Das wäre ein Segen für die Menschen, besonders natürlich für die in der Nachbarschaft von GSB lebenden. Herr Minister Schnappauf, wenn Sie mir schon nicht glauben, dann glauben Sie doch wenigstens Ihrem stellvertretenden Parteivorsitzenden Horst Seehofer, der die Situation ebenso wie ich vor Ort genau kennt und sich nicht scheut, das Versagen der wirklich Verantwortlichen in Sachen GSB offen zu legen. Mit dem Ablenken von der eigenen Verantwortung muss endlich Schluss sein.

Ich halte es geradezu für skandalös, wie gerade geschehen, Mitarbeiter zu entlassen, die nicht nur für den Vorfall am 10. September keine Verantwortung tragen, sondern die diese gesamte Woche nicht einmal anwesend waren, aber entlassen werden, weil sie angeblich für das am 10. September Geschehene verantwortlich sind. Wenn man da nicht von einem skandalösen Vorgang sprechen kann, dann weiß ich nicht.

(Zuruf von der CSU)

Interessant ist übrigens auch, warum der für das Personal zuständige und erst vor wenigen Wochen eingesetzte Pressesprecher der GSB gehen musste. Er sagte vor wenigen Tagen bei einer Veranstaltung in einer Ingolstädter Schule – die Schüler hatten sich mit den Vorfällen in der GSB befasst und Verantwortliche zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen –, er hätte einmal einen Schlaganfall gehabt und einen Moment lang überlegt, ob das nicht eventuell eine Folge der Sondermüllbeseitigungsanlage in Ebenhausen ist. Dafür hat jetzt der gute Mann gehen müssen. Dies ist wieder einmal ein Beispiel dafür, wie von den eigentlichen Problemen ständig abgelenkt wird. Es ist nur schade, dass Sie immer wieder Leute finden, die das auszubaden haben.

Absolut richtig war sicher die Entlassung des technischen Geschäftsführers. Der gute Mann hat doch am

besagten 10. September mit anderen Beschäftigten der GSB diskutiert, was denn zu tun sei, nachdem wesentliche Bestandteile des zu verbrennenden Sondermülls noch unverbrannt in die Nachbrennkammer gelangt sind. Statt die Reaktion mit dem dort befindlichen Wasser abzuwarten und das Fossil innerhalb der Anlage den weiteren Weg gehen zu lassen, haben sie dieses Material aus der Anlage herausgenommen. Dort sind dann, nachdem das Material mit Wasser in Berührung kam, erst so richtig Reaktionen aufgetreten. Der technische Geschäftsführer hätte als Chemiker wissen müssen, was passiert, wenn man das Material ins Freie lässt, hat es aber nicht verhindert. Deswegen war seine Entlassung eine richtige Entscheidung. Da hat man den wirklich Verantwortlichen getroffen, aber nicht mit dem anderen Personal, das nur Anweisungen ausgeführt hat.

Der Einzige, vor den sich unser Umweltminister noch stellt, ist der ebenfalls in die Schusslinie geratene Aufsichtsratsvorsitzende Kohl. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich vor jene Entlassenen stellen, nachdem Sie erkennen mussten, dass die Verantwortung nicht bei ihnen liegt. Aber diese Entlassenen nützen Ihnen nichts bei Ihrer Strategie, von eigenen Versäumnissen abzulenken. Dazu taugt in geradezu perfekter Weise der Aufsichtsratsvorsitzende. Nur: Ihn darf man nicht so weit beschuldigen lassen, dass man seine Absetzung fordert. Deswegen wird er in jüngster Zeit von Ihnen aus der Schusslinie genommen. Ich meine aber, wer ist hier in der Verantwortung, wenn nicht der Aufsichtsratsvorsitzende, der doch von ernst zu nehmender Seite seit langem auf die Missstände aufmerksam gemacht wurde, aber nichts unternahm?

Herr Staatsminister, wenn es zudem stimmt, dass Sie aus der gleichen Quelle informiert wurden, welches absurde Theater sich in der Geschäftsführung der GSB Tag für Tag abspielte, stellt sich die Frage nach Ihrer persönlichen Verantwortung umso mehr. Ich bin auf Ihre Stellungnahme zu dieser Frage gespannt.

(Beifall bei der SPD)

Die GSB ist ein Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, und das soll es nach unseren Vorstellungen auch bleiben. Wie CSU-Politiker vor Ort zu behaupten, die Anlage solle privatisiert werden, weil sie dann strenger kontrolliert würde, ist geradezu skandalös, angesichts der Vorfälle in den vergangenen Jahren jedoch nachvollziehbar, aber wahr darf es eben nicht sein. Deswegen sollte vielleicht auch überlegt werden, durch das Gewerbeaufsichtsamt neue Leute in die GSB zu schicken, weil die alten vielleicht schon etwas betriebsblind geworden sind.

Das alles ändert aber nichts daran, dass der bayerische Umweltminister endlich seiner Verantwortung gerecht wird. Herr Minister Schnappauf, ich habe mir überlegt, Ihnen nahe zu legen, Ihre bislang erworbenen Ansprüche auf eine Ministerpension doch künftig zu genießen und in selbige zu gehen. Doch eine Chance sollten wir Ihnen noch einräumen: Nehmen Sie Ihre Verpflichtung als bayerischer Umweltminister wahr und werden Sie Vorsitzender des GSB-Aufsichtsrates; der jetzige Vorsitzende kann es nämlich leider nicht. Sorgen Sie dafür, dass der Grundsatz „Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit“ gilt

und dass die Anlage in Ebenhausen bei einer Menge von jährlich 100 000 Tonnen zu verbrennenden Sondermülls wirklich störungsfrei gefahren werden kann. Darauf haben die Menschen in der Nachbarschaft dieser Anlage einen Anspruch.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Um 16.50 Uhr wurde von Ihnen für Ihre Fraktion zu Ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt, sie kann also frühestens um 17.05 Uhr stattfinden. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir nach 17.30 Uhr über die beiden Anträge nicht mehr abstimmen können. Das Wort hat für die CSU-Fraktion Herr Kollege Meißner. Bitte schön, Herr Kollege.

Christian Meißner (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Abstimmung soll an mir nicht scheitern. Aber wenn ich meine Vorredner höre, frage ich mich allen Ernstes, ob sie sich selber ernst nehmen. Ich wünsche mir, dass wir über eine ernste Angelegenheit wie die Probleme bei der Sondermüllentsorgung in Bayern, die auf diesem schwierigen Gebiet alle haben, wirklich in Ruhe reden kann. Man freut sich, dass in der Tagesordnung der eigene Name auftaucht. Aber ich sehe auch, was Sie da ins Plenum verfrachtet haben. Wir haben dies wirklich ehrlich und ausführlich im Umweltausschuss behandelt, auch der Minister hat dazu berichtet.

Natürlich ist es Ihr Recht, die Angelegenheit auch ins Plenum zu bringen. Es wurde ziemlich deutlich und ist auch nachvollziehbar, worum es den beiden Vorrednern ging. Frau Paulig konnte ebenso wie Kollege Werner nicht lange warten, um im Zusammenhang mit der Anlage in Ebenhausen schnell einen Schlenker nach Neuendettelsau zu machen. Ich gebe Ihnen Recht, natürlich ist es schön, dass sich dazu Herr Seehofer geäußert hat. Er sagt viele kluge Dinge in vielen politischen Bereichen, aber nicht in allen. Nur: Das ist eben zu gut, um das nicht im Plenum zu verwenden. Das war Ihr Anliegen, wie ich am Lächeln des Kollegen Werner sehe. Wenn Sie meinen, es sei Ihnen gelungen, sollen Sie kurz vor der Weihnachtsfeier diese Freude auch haben.

Ich frage Sie trotzdem: Ist Ihnen wirklich ernst darum, dass wir uns über die Probleme, die in Ebenhausen aufgetreten sind, hier unterhalten? Meinen Sie, eine Auseinandersetzung hier im Plenum macht einen Sinn? Der Minister hat berichtet. Die Zeitschiene ist klar. Wir haben uns damit ausführlich befasst. Der Ausschuss hat angekündigt – und das wird er selbstverständlich auch tun –, dass sich die Kollegen, die sich in erster Linie mit diesem Politikbereich befassen, vor Ort umschaun und dass wir auch mit dem Aufsichtsrat ins Gespräch kommen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt! Jetzt schon! Zwei Jahre habt ihr dazu gebraucht!)

– Wenn Sie Respekt sagen, freue ich mich. Es geht nicht um die zwei Jahre, wir reden über den aktuellen Vorfall,

Frau Kollegin, und auf den beziehen sich auch die Anträge.

Aus dem Fehlverhalten, das ohne Zweifel hier aufgetreten ist, macht man einen Skandal. Dabei wäre eine ruhige und genaue Analyse viel wichtiger. Ich mache es gerne fest. Frau Kollegin Paulig, wir haben uns im Umweltausschuss schon darüber unterhalten. Sie sagen, es gäbe so und so viele Betriebsstörungen pro Jahr. Sie nehmen die gesamte Zahl, teilen sie durch die Betriebsdauer, und es kommt eine wunderbare Zahl heraus. Wir haben Ihnen schon im Ausschuss entgegengehalten, dass es in der Anlaufphase der Anlage natürlich mehrere Betriebsstörungen gegeben hat. Das hat auch niemand bestritten. Sie wollen es jedoch nicht zur Kenntnis nehmen, dass diese Betriebsstörungen deutlich zurückgegangen sind. Sie sind ab der Zeit, ab der man mit der Anlage vernünftig umgegangen ist, auch deutlich zurückgegangen.

Den aktuellen Vorfall hat der Kollege Werner zum Teil dargestellt. In der Tat hätte dieser Stoff pulverisiert werden müssen. Er hätte nicht so verbrannt werden dürfen, wie er angeliefert wurde. Man hat diese Anlage wieder hochgefahren bzw. weitergefahren, und dies hat zu diesem Störfall geführt. Sie wollen gerne Störfall hören, wir sagen lieber Betriebsstörung.

Nicht erwähnt haben Sie Folgendes: So unerfreulich die Angelegenheit ist, es hat dabei Gott sei Dank keine Gefährdung der Bevölkerung gegeben, und das muss aus Gründen der Fairness auch nach außen gesagt werden.

(Ludwig Wörner (SPD): Woher wissen Sie das?)

– Das haben Sie doch aus dem Bericht vom Umweltminister deutlich gehört!

(Ludwig Wörner (SPD): Glauben Sie das alles?)

Der Aufsichtsrat hat angemessen reagiert. Das ist im Zusammenhang mit der Entlassung angesprochen worden.

Dann kam Minister Schnappauf ins Spiel. Hier haben Sie ihr vermeintliches Heimspiel. Sie sprechen die Verantwortlichkeit des Ministers Schnappauf an. Für mich ist das der Gipfel der Scheinheiligkeit. Hier verzichtet ein Minister bewusst auf den Vorsitz im Aufsichtsrat. Sie kritisieren doch immer, wenn zu viele Politiker und vor allem Mitglieder der Staatsregierung in zu vielen Kontrollgremien sitzen. Der Minister Schnappauf verzichtet auf den Vorsitz. Er verzichtet nicht, weil er Angst hat. Er hat ganz selten Angst, denn er kommt aus Oberfranken.

(Beifall des Abg. Henry Schramm (CSU))

Er verzichtet, weil er als Aufsichtsratsvorsitzender nicht nur die Kontrolle und die Sicherheit der Anlage im Auge haben muss, sondern weil er nach der einschlägigen Rechtslage auch verpflichtet ist, auf die Wirtschaftlichkeit zu achten. Ich glaube, dass sich der zuständige Umweltminister sehr viel wohler fühlt, wenn er in erster Linie nur für die Kontrolle dieser Anlage zuständig ist. Ich

glaube, es war die richtige Entscheidung, auf den Vorsitz zu verzichten.

Nicht erwähnt haben Sie auch die Tatsache, dass die zuständigen Behörden in Ebenhausen ständig kontrollieren. Sie haben ausdrücklich öfter kontrolliert, als es gesetzlich vorgeschrieben ist. Das schließt nicht aus, dass trotzdem diese Fehler passiert sind. Deswegen sollten wir nicht solche Debatten führen, sondern uns überlegen, wie wir das Sicherheitskonzept und die Sicherheitskultur in Ebenhausen und in der gesamten GSB weiter verbessern können.

Herr Kollege Werner es ist schon seltsam, dass Sie hier sagen, Schwabach arbeite mit Ebenhausen gut zusammen. In Ihrem Antrag steht doch etwas anderes. Ich habe viel Verständnis für die betroffenen Bürger, und wir werden uns mit ihnen sicherlich unterhalten, wenn wir mit dem Ausschuss dorthin gehen. Wenn Sie die Tonnage, die dort entsorgt wird, begrenzen wollen – das will auch Frau Kollegin Paulig, wie ich immer mitbekomme –, müssen Sie auch sagen, wo Sie es entsorgen wollen. Sie sprechen vom Mülltourismus, Frau Kollegin Paulig, und von 37% von außerhalb Bayerns. Gleichzeitig wollen Sie die Tonnage begrenzen. Sie wissen ganz genau, es ist kein Allheilmittel, den Anfall von Sondermüll zu vermeiden. Sie müssen dann auch andere Standorte ins Spiel bringen, wenn wir in Schwabach oder in Ebenhausen reagieren. Sie machen sich das Ganze relativ leicht.

(Hans Joachim Werner (SPD): Wissen Sie wieviel ausländischer Sondermüll in Ebenhausen entsorgt wird?)

– Wieviele Kilo hätten Sie denn gerne? Sie haben das vorliegende Sondermüllkonzept doch einstimmig mit verabschiedet. Es ist schon seltsam, wenn Sie jetzt davon sprechen, dass kein solches Konzept vorliegt.

Es wurde kritisiert, dass der Minister tätig wurde und entsprechende Studien in Auftrag gegeben hätte. Mein Gott Walter! Uns ist doch völlig klar, dass ein Sondermüllkonzept fortgeschrieben werden muss, wenn es um Ebenhausen, um Schwabach oder um die GSB insgesamt und um die Politik der Bayerischen Staatsregierung geht, auch wenn wir es hier im Hohen Haus einstimmig beschlossen haben. Das Konzept muss gerade aufgrund der Betriebsstörungen in Ebenhausen noch einmal neu beleuchtet werden. Die Kritik üben wir schon auch, wir verteidigen nicht alles in Bausch und Bogen. Zweifellos hat der Aufsichtsrat lange zugewartet. Er hat es ohne den notwendigen Nachdruck laufen lassen, dass sich die beiden Geschäftsführer entfremdeten. Daher ist es wichtig, dass wir einen vernünftigen Nachfolger finden. Hierfür ist eine Zwischenlösung gefunden worden, wie ich der heutigen Stellungnahme entnehmen konnte. Ich glaube, wir werden mit eingebunden und über den weiteren Fortgang auch informiert werden, wie es der Minister heute zugesagt hat.

Wir werden als Umweltausschuss nach Ebenhausen fahren und die Entwicklung im Auge behalten. Ich begrüße die Studie, die der Minister für Ebenhausen in Auftrag gegeben hat. Ich meine, der sachliche Umgang mit einer schwierigen Thematik ist der richtige Weg. Wir

sollten die Aufregung vermeiden und nicht die schalmeienhaft vorgetragenen Stichworte von Neuendettelsau bis hin zu anderen Problemen aufnehmen. Wir sollten miteinander die Schwachstellen analysieren. Wir, die CSU-Fraktion, wünschen uns eine GSB und eine Sondermüllentsorgung in Bayern, bei der Zeit und Wirtschaftlichkeit eine untergeordnete Rolle spielen und bei der jedem klar ist, dass Sicherheit alles ist. Wir werden ernsthaft mitarbeiten und den Minister auf seinem Weg unterstützen, damit wir das in Bayern schaffen.

(Beifall bei der CSU – Hans Joachim Werner (SPD): Jetzt haben Sie aber vergessen, die Schuld auf Berlin zu schieben!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Zu Wort hat sich Herr Kollege Wörner gemeldet. Herr Kollege, Ihre Fraktion hat noch acht Minuten Redezeit.

(Alexander König (CSU): Fass dich kurz!)

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil vorgelagert zu diesem erneuten Fall eine Petition gelaufen ist, bei der sowohl die Petenten als auch die Abgeordneten sowohl vom Umweltministerium als auch von der Unternehmensleitung vor Ort regelmäßig belogen wurden. Ich sage belogen, es wurde die Unwahrheit gesagt, es wurde verschleiert. Ich war mit dem Berichtstatterkollegen vor Ort. Zwei Tage vorher gab es eine Störung. Glauben Sie, dass uns das gesagt wurde? Sie haben uns heimfahren und in der Zeitung davon lesen lassen. So geht man mit Abgeordneten und mit dem Parlament nicht um, und schon überhaupt nicht mit Petenten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Während der Beratung der Petition im Ausschuss wurden vom Ministerium immer wieder Stellungnahmen geliefert, alles sei in Ordnung und alles sei bestens. Wer so etwas deckt, hat mit Umwelt nichts zu tun. Der soll sich etwas anderes suchen.

(Henning Kaul (CSU): Das stimmt doch nicht!)

– Selbstverständlich stimmt das, Herr Kaul. Sie wissen es auch ganz genau. Es ehrt Sie ja, dass Sie ihren Minister decken, aber es nützt Ihnen in dem Fall nichts. Passen Sie auf, dass Sie den Kopf nicht mit hineinbringen.

(Widerspruch und Zurufe bei der CSU)

Es ist höchst interessant, dass der Gewerbeaufsichtsbeamte, der seit Inbetriebnahme der Anlage dort arbeitet, von seiner Anlage redet. Es ehrt ihn, wenn er die Anlage gut kennt. Ich finde es aber an der Zeit, dass wir einen neuen Gewerbeaufsichtsbeamten hinschicken, weil sonst die Nähe zwischen Unternehmensführung, Unternehmen, Betrieb und Gewerbeaufsicht viel zu groß ist. Hier könnte man als erstes ansetzen. Das haben wir damals schon während der Behandlung der Petition gesagt.

Ein Zweites. Ständig haben Sie sich hinter diesem ominösen Qualitätssiegel versteckt, welches angeblich alles in Ordnung bringe und heile. Wann hat denn das Qualitätssiegel bei den Störfällen funktioniert? Es hat nicht funktioniert. Denn dieses ominöse Gütesiegel ist eigentlich das Papier nicht wert. Es schreibt nur den Zustand fest, übt aber nicht die Kontrolle aus, die dringend notwendig wäre.

Meine Damen und Herren, es nützt den Menschen, die dort wohnen, überhaupt nichts, wenn wir Abgeordnete hinfahren und ihnen Beruhigungspillen verteilen. Wir wollen das nicht. Wir wollen, dass die Anlage weiterhin unter der Obhut und der Überwachung des Freistaates Bayern betrieben wird, allerdings mit einer reduzierten Menge von 100 000 Tonnen, wie dies in den Papieren des Genehmigungsverfahrens steht. Wir stellen immer wieder fest: Wenn eine größere Menge in diese Anlage hineingeschoben wird, überfordern wir die Anlage und die Maschinenführer. Mensch und Maschine werden dadurch überfordert. Dieses gilt es, abzustellen.

Diese Notwendigkeit hat sich nicht erst aus den Erkenntnissen der letzten Tage ergeben. Das hätte bereits in den letzten Jahren geschehen können. In diesem Fall hätten wir den Zirkus, den wir jetzt veranstalten müssen, nicht gehabt. Wir müssten dann auch nicht versuchen, den Menschen mit Wischi-waschi-Erklärungen zu sagen, dass dort alles ungefährlich sei und dass die Menschen lediglich etwas nervös seien. Meine Damen und Herren, so sollten wir nicht mit Menschen umgehen.

Ein letzter Punkt: Aus der Einschaltung von Gutachtern spricht immer die Hilflosigkeit. Wenn man die Verantwortung selbst nicht mehr übernehmen will, holt man sich einen Gutachter, obwohl dieser überhaupt nichts weiß, wenn er in ein solches Unternehmen geht. Die „Gutachteritis“ in dieser Frage erinnert mich an eine Geschichte: Die Gutachter klatschen in die Hände wie bei den Raben, die auf einem Baum sitzen. Die Raben fliegen daraufhin hoch und landen anschließend wieder auf den alten Ästen. Dann geht das Geschäft weiter wie bisher. Darauf können wir verzichten. Wir könnten das Geld woanders besser einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat sich Frau Kollegin Paulig zu Wort gemeldet. Frau Paulig, Ihre Fraktion hat noch neun Minuten zur Verfügung.

Ruth Paulig (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch einige Anmerkungen. Herr Kollege Meißner, Sie haben den Bericht, den Sie für die letzte Umweltausschusssitzung bekommen haben, immer noch nicht gelesen. Ich habe hinsichtlich der Betriebsstörungen und der Grenzwertüberschreitungen die Zahlen der letzten drei Jahre verwendet. Leider sieht es auch da immer noch katastrophal aus. Wir haben ab dem zweiten Halbjahr 2000 pro Jahr 60 Betriebsstörungen. In den letzten drei Jahren sind durchschnittlich 13 bis 14 Grenzwertüberschreitungen pro Jahr festzustellen. Vorher lagen wir bei 337 im Jahre 1996, 398 im Jahre 1997 und 163 im Jahre 1998.

(Christian Meißner (CSU): Räumen Sie ein, dass diese Zahlen kontinuierlich sinken?)

– Es ist besser geworden, aber es ist immer noch katastrophal. Warum bekommen wir für diese GSB keinen Geschäftsführer?

(Thomas Kreuzer (CSU): Wollen Sie es machen?)

– Wenn Sie sich diese Klitsche ansehen, wissen Sie, dass wir keinen Geschäftsführer bekommen werden. Der zweite Interims-Geschäftsführer wird auch nicht bleiben. Ich bitte alle CSU-Kollegen, sich diese Anlage einmal anzusehen, wenn sie zufälligerweise einmal auf ihrem Weg liegen sollte. Bei dieser alten Klitschen-Anlage hat man wirklich nicht den Eindruck, dass sie künftig seriös und solide arbeiten könnte. Das gilt vor allem angesichts des derzeitigen Spardiktats mit dem damit verbundenen Personalabbau und dem möglichst hohen Mülldurchsatz.

Herr Dr. Schnappauf, Sie haben gebeten, nach den Rednern der Opposition zu sprechen. Ich hätte gerne nach Ihnen geredet. Ich bitte Sie deshalb, noch etwas zu diesem Thema zu sagen oder uns Informationen schriftlich zur Verfügung zu stellen. Ich möchte wissen, wie der Vertrag für die Deponierung gestaltet wurde. Hier gab es tatsächlich Spezlwirtschaft. Ich verstehe in diesem Zusammenhang die SPD nicht, die die Entlassung der Geschäftsführer infrage gestellt hat.

(Hans Joachim Werner (SPD): In keiner Weise!)

– Das hat ein bisschen danach geklungen.

(Hans Joachim Werner (SPD): Es ging um diese drei Mitarbeiter! Die Kleinen wurden entlassen!)

– Einverstanden. Nachdem, was dort vorgefallen ist, war die Entscheidung des Aufsichtsrats richtig. Beide Geschäftsführer wurden einstimmig entlassen. Wir stehen jetzt allerdings vor dem Problem, dass in dieser Anlage niemand arbeiten will, sobald er sich ansieht, was dort abgeht. Das ist der Punkt.

Ich bitte auch noch einmal, die Hintergründe dieser Vertragsgestaltung zulasten der GSB offen zu legen. Die GSB hat eigene Deponien. Trotzdem wurde ohne Ausschreibung eine Einlagerung an eine andere Deponie vergeben.

Herr Kollege Meißner, Sie haben behauptet, ich hätte Neuendettelsau ins Gespräch gebracht. Dabei handelte es sich um zwei Anträge Ihrer Fraktion, bei denen es um Sondermüll ging und die die Überschrift trugen „Nicht auf die Felder kippen“. Ich bitte Sie, die Debatte in Ihrer Fraktion zu führen.

Seit Jahren fordern wir und auch Sie immer wieder, Sondermüll zu vermeiden. Sie haben diese Forderung in Ihren Anträgen auf den Drucksachen 14/10279 und 14/10159 gestellt. Getan hat sich allerdings nichts. Wir haben im Ausschuss die prognostizierten Zahlen des LfU bekommen. Aus diesen Zahlen geht eindeutig hervor, dass der Sondermüll bis zu den Jahren 2008 oder

2009 nicht zurückgehen wird. Als ich auf diesen Umstand hingewiesen habe, wurde mir gesagt: Wunderbar, er steigt wenigstens nicht. Für mich ist das zu wenig. Wir sind der Auffassung, dass der Durchsatz in Ebenhausen beschränkt werden muss. Wir importieren schließlich noch 20 % Müll.

Circa 40 % des Sondermülls werden weggegeben. 21 % werden importiert. Somit bleiben immer noch circa 21 % zusätzlich. Wir müssen die Sondermüll-Menge erfassen und branchenspezifisch sehen, wo Sondermüll vermieden werden kann und wie sich Verfahrensabläufe optimieren lassen. Das ist harte Knochenarbeit, die wir nicht bewältigen werden, wenn wir neue Studien in Auftrag geben. Diese Arbeit ist nicht mit einem Ernst & Young-Gutachten zu leisten. Ich bin der Meinung, mit diesen Studien verlagern wir die Arbeit an der Problemlösung.

Herr Dr. Schnappauf, teilen Sie uns bitte mit, wie viel die erste Prognos-Studie gekostet hat, die inzwischen 1,5 Jahre vorliegt. Außerdem möchte ich wissen, was uns diese Studie gebracht hat. Was wird die neue Studie, die an Ernst & Young vergeben wurde, kosten? Was soll sie uns bringen und was ist danach zu entscheiden? Wann wird diese Studie vorliegen? Ich schlage vor, sofort in diese Arbeit einzusteigen. Wir müssen die Sondermüll-Menge ermitteln, die Verbringungswege klären und branchenspezifische Konzepte zur Vermeidung vorbildlich umsetzen. Das wird eine harte Arbeit, um die wir nicht herumkommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat sich noch Frau Kollegin Görlitz zu Wort gemeldet. Die CSU hat nur noch zehn Minuten Redezeit. Ich gehe jedoch davon aus, dass Frau Kollegin Görlitz diese Zeit nicht voll ausschöpfen wird, damit wir heute noch abstimmen können.

Erika Görlitz (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich mache es kurz, um die Abstimmung zu ermöglichen. Mir ist es ein Anliegen, zu diesem brennenden Problem zu sprechen, mit dem alle Abgeordneten, die in der Region 10 leben und arbeiten, zu tun haben. Das Thema „Sondermüllentsorgung“ wurde ausführlich in den Ausschüssen, sogar im Haushaltsausschuss, behandelt. Ich bin sehr dankbar, dass der Minister im Umweltausschuss ausführlich zu diesem Thema Stellung genommen hat und auf die Problematik eingegangen ist.

Bei der GSB gibt es Betriebsstörungen. Die Bevölkerung ist daher sehr beunruhigt, weil sie dadurch Belastungen befürchtet. Aussagen, wonach für die Bevölkerung und die Beschäftigten keine Gefahr bestanden hätte, mögen zwar unmittelbar zur Beruhigung beitragen, wenn jedoch keine Alarmierung erfolgt, wirkt das alles andere als beruhigend. Wir mussten feststellen, dass die Information der Bevölkerung, die wichtig ist, sobald Gefahr in Verzug ist, nicht geklappt hat. Zwar gab es Einsatzpläne, in denen festgelegt ist, wie bei Störungen vorgegangen werden muss, aber die Alarmierung der Bevölkerung hat nicht funktioniert.

Auch die Eingangskontrolle hat nicht funktioniert. Der Betrieb hat dies zugegeben und wir haben das mit Sorge zur Kenntnis genommen. In der Folge wurden personelle Veränderungen vorgenommen.

Sonst hätte der Phosphin-Austritt gar nicht passieren dürfen. Defizite sind hier vorhanden. Ich bin der Meinung, dass sie untersucht werden müssen. Auch die Staatsanwaltschaft hat sich eingeschaltet und wird diesen Vorfall bis ins Detail klären. Ich meine, dass dies sichergestellt ist.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Werner?

Erika Görnitz (CSU): Ich möchte gerne zu Ende sprechen, dann lasse ich eine Zwischenfrage zu.

Wichtig ist, dass in der Anlage Sicherheit die oberste Priorität hat. Ich bin überzeugt, dass es Möglichkeiten gibt, diese Sicherheit noch zu verbessern. Wenn ein Gutachten dazu beitragen kann, dann ist das Geld sinnvoll ausgegeben. Ich bin überzeugt, dass sich die Bemühungen in dieser Richtung lohnen; denn es ist wichtig, dass die Bevölkerung vor Ort sieht, dass wir alles tun, um das schwierige Thema Sondermüllverbrennung zu beherrschen. Nur die Beherrschung gibt der Bevölkerung entsprechenden Schutz. Wir brauchen Sicherheit für die Menschen vor Ort und deshalb auch eine gründliche Aufklärung und auch eine Verfolgung in dem Fall, in dem Mängel aufgetreten sind.

Zum Antrag, den die GRÜNEN stellen – ich habe mich im Haushaltsausschuss enthalten, weil ein Punkt zustimmungsfähig wäre –, muss ich sagen, dass ich ihm so nicht zustimmen kann. Man will ein elektronisches Erfassungssystem einrichten; man will viele Dinge bürokratisieren. Damit tut man aber dem Anliegen keinen Gefallen, sondern baut etwas um die Anlage herum auf, das der Sache selbst nicht dient.

Ich bin der Meinung, dass die GSB alles tun muss, um die Anlage auf dem bestmöglichen Stand zu fahren, und zwar ohne Zeitdruck und ohne wirtschaftlichen Druck, nämlich so, dass die Beseitigung des Sondermülls mit optimaler Sicherheit für die Bevölkerung erfolgt. Dafür setzen wir uns ein.

Wenn Sie jetzt noch eine Frage stellen wollen, dann gerne, Herr Werner.

Hans Joachim Werner (SPD): Vielen Dank! Kollegin Görnitz, Sie haben leider nicht Stellung zu dem Teil unseres Antrages genommen, – –

(Zuruf von der CSU: Frage!)

– Ja, lasst euch nur Zeit. –

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: So viel Zeit haben wir nicht mehr.

Hans Joachim Werner (SPD): – der die 100 000 Tonnen betrifft.

(Zuruf von der CSU: Frage!)

Frau Kollegin Görnitz, trifft es zu, dass Sie sich noch kurz vor der Wahl an einem Informationsstand in Ebenhausen persönlich für eine Mengenbegrenzung auf 100 000 Tonnen ausgesprochen haben, und wenn ja, wie gedenken Sie, dieses Thema durch Ihr Verhalten im Bayerischen Landtag zu befördern?

Erika Görnitz (CSU): Herr Werner, Sie wissen, dass alle Politiker in der Region das Ziel haben, eine Mengenbeschränkung zu erreichen, und dass wir das nie aus den Augen verloren haben, dass wir aber die Notwendigkeit sehen, dass eine sichere Entsorgung gewährleistet sein muss und dass das Ziel 100 000 Tonnen im Moment nicht zu verwirklichen ist. Wir stehen aber nach wie vor dahinter und wollen es auch erreichen. Da sind wir uns völlig einig, Herr Werner.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Frau Kollegin Görnitz. Ich erteile dem Herrn Staatsminister Dr. Schnappauf das Wort.

(Unruhe)

– Dürfte ich vielleicht das Hohe Haus um etwas mehr Ruhe bitten? – Danke. Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will aufgrund der verbleibenden Zeit in der gebotenen Kürze einige Anmerkungen machen. Gerade die Frage von Herrn Kollegen Werner hat mir gezeigt, dass es bei diesem Thema im Grunde genommen um eine Fortsetzung des Landtagswahlkampfes geht und örtliche Auseinandersetzungen in das Hohe Haus hineingetragen werden. Deswegen, Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, will ich auch sagen: Was immer ich in Sachen Aufsichtsratsvorsitz mache, wird auf Kritik der Opposition stoßen. Übernehme ich den Aufsichtsratsvorsitz nicht, dann werden Sie so sprechen wie heute am Rednerpult; übernehme ich den Aufsichtsratsvorsitz, dann werden Sie die ersten sein, die aufstehen und sagen werden: Jetzt ist die Trennung von Kontrolle und wirtschaftlicher Verantwortung für das Unternehmen nicht mehr gewährleistet. Das heißt, Recht machen kann es Ihnen ohnehin niemand.

(Markus Sackmann (CSU): So ist es!)

Lassen Sie mich deshalb vor dem Hohen Hause noch einmal feststellen, was ich bereits im Ausschuss klipp und klar gesagt und auch schriftlich niedergelegt habe und worauf Frau Kollegin Erika Görnitz eben Bezug genommen hat.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bayern ist ein hochentwickelter Wirtschaftsstandort, der selbst Verantwortung dafür tragen muss, dass die anfallenden Abfälle auch umweltfreundlich entsorgt werden. Dabei haben die Gesundheit unserer Bevölkerung und die Sicherheit der Anlage oberste Priorität. Dazu ist viel unternommen worden und wird weiter viel unternommen.

Ich habe im Ausschuss dargelegt, dass der elektronische Begleitschein bereits im Probebetrieb ist. Nach dem letzten Ereignis ist dem Unternehmen noch einmal ein Sicherheitspaket aufgegeben worden, das sich in Abarbeitung befindet und hauptsächlich die Verbesserung der gesamten Sicherheitskultur zum Gegenstand hat.

Dass Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, an den Berichten im Detail im Grunde nicht interessiert sind, wird sichtbar; denn das, was Sie heute angesprochen haben, ist allein in diesem Jahr 2003 in etwa einem Dutzend Berichten dem Landtag gegenüber erläutert worden. Deshalb will ich darauf Bezug nehmen.

Frau Kollegin Paulig, lassen Sie mich noch sagen: Wenn Sie im Zusammenhang mit der Sondermüllentsorgung Bayern von einer Klitsche reden – das haben Sie wörtlich gesagt –, dann wird das weder den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit großem Engagement eine schwierige Aufgabe angehen, noch der Technologie gerecht, in die wir in Bayern Hunderte Millionen von Euro investiert haben.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen, weil die Zeit dahinrast. Ich habe im Ausschuss unter Vorsitz von Herrn Kollegen Henning Kaul ausgeführt: Wir haben in Deutschland ein neues europäisches Recht in Form der Deponieverordnung umgesetzt. Sie können leicht darüber hinweggehen, aber die Konsequenz aus der Deponieverordnung heißt, dass die Gesellschaft für Sondermüllbeseitigung Sicherheitsleistungen für die Deponie Gallenbach in einer Größenordnung von 36 Millionen € erbringen muss. Wir vonseiten des Freistaates haben dafür eine Bürgschaft übernommen. Es gibt ein neues EuGH-Urteil vom 13. Februar 2003. Ich lese Ihnen daraus nur einen Gedanken vor. Im Urteil wird der Vorrang der Verwertung auch von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen festgelegt. Das heißt, die Abfallströme suchen sich ihren Weg in die Zementfabriken. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir ein Gutachten an Ernst & Young vergeben, das hier angesprochen wurde, um deutlich zu machen,

dass wir auch unter sich verändernden Rahmenbedingungen unserer Verantwortung für eine ordnungsgemäße Entsorgung von Sonderabfällen im Freistaat Bayern gerecht werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Damit können wir jetzt noch über die beiden Anträge abstimmen. Die Aussprache ist geschlossen. Für beide Anträge wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/20 abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne ist auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne ist auf der Seite der CSU-Fraktion im Bereich der Eingangstüren aufgestellt, die Urne für die Stimmenthaltungen befindet sich auf dem Stenographentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Fünf Minuten stehen hierfür zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.28 bis 17.33 Uhr)

Die Abstimmung ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und morgen früh bekannt gegeben.

Wir haben noch eine Abstimmung durchzuführen. Wenn Sie mir erlauben, darf ich Sie daran erinnern, dass um 18.30 Uhr der Vorweihnachtliche Abend stattfindet. Die Regensburger Domspatzen werden uns erfreuen und ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

Ich bitte nunmehr, die namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 15/21 durchzuführen. Die Urnen sind wie bei der vorigen Abstimmung bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Es stehen wiederum fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.34 bis 17.39 Uhr)

Die Abstimmung ist abgeschlossen. Das Stimmergebnis wird ermittelt und morgen früh bekannt gegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17.39 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Verfassungsstreitigkeit
Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. November 2003
(Vf. 8-VII-03) betreffend

Antrag vom 9. Oktober 2003 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs (Schulwegkostenfreiheitsgesetz – SchKfrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 452, BayRS 2230–5-1-UK), zuletzt geändert durch § 40 des Zweiten Bayerischen Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an den Euro (2. BayEuroAnpG) vom 24. April 2001 (GVBl S. 140, BayRS 17–4-F)
Drs. 15/90 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Heidi Lück, Dr. Thomas Beyer, Gudrun Peters u.a. SPD
Einführung einer regionalen Flächenprämie
Drs. 15/24, 15/87 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten

	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z
3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Sackmann, Helmut Brunner, Sepp Ranner u.a. und Fraktion CSU
Umsetzung der GAP-Reform
Drs. 15/27, 15/88 (G) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten

	CSU	SPD	GRÜ
	Z	A	A

Zu Tagesordnungspunkt 4 – Besetzung von Gremien

Für die zu besetzenden Gremien wurden folgende Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder benannt:

Tagesordnungspunkt 4 a)

Wahl der nichtberufsrichterlichen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CSU-Fraktion	Prof. Dr. Herbert Buchner Annemarie Gössel Dr. Herbert von Golitschek Hanna Hacker Dr. Eva-Maria Hepp Dr. Herbert Kempfler Hermann Leeb Otto Schaudig Peter Schnell Dr. Franz Sieß Wilhelm Wenning	Dr. Winfried Kössinger Dr. Ingrid Groß Rudolf Mayr Cornelia Rohleder Christine Speil Prof. Dr. Dirk Heckmann Heinrich Jürgen Steinfeld Dr. Werner Biebl Dr. Hans-Dieter Kutter Peter Kadlubski Prof. Dr. Wilfried Berg
SPD-Fraktion	Dr. Hans Jochen Vogel Carmen König Dr. Klaus Hahnzog	Dr. Helmut Rothemund Dr. Manfred Worm Rainer Knäusl
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Helmut Wilhelm	Brigitte Hörster

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

Gesetzentwurf der Abgeordneten Joachim Herrmann, Thomas Kreuzer, Peter Welthofer und Fraktion CSU
Drs. 15/93

zur Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Z u s t i m m u n g

Berichterstatlerin: **Dr. Ingrid Fickler**
Mitberichterstatler: **Franz Schindler**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf federführend beraten und endberaten. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Gesetzentwurf mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 4. Sitzung am 22. Januar 2004 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Z u s t i m m u n g empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Gesetzentwurf in seiner 8. Sitzung am 10. Februar 2004 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: 9 Zustimmung, 1 Enthaltung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Z u s t i m m u n g empfohlen.
4. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 6. Sitzung am 04. März 2004 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

Z u s t i m m u n g empfohlen, mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der „1. Mai 2004“ eingefügt wird.

Franz Schindler
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten **Joachim Herrmann, Thomas Kreuzer, Peter Welnhöfer** und **Fraktion CSU**

Drs. 15/93, 15/546

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

§ 1

Art. 125 Abs. 1 und 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 25. Juni 2003 (GVBl S. 374), erhalten folgende Fassung:

„(1) ¹Die Beamten des Landtags sind Beamte des Staates. ²Sie werden vom Präsidenten des Landtags ernannt. ³Zur Ernennung des Direktors und der Beamten von der Besoldungsgruppe A 16 an ist die Zustimmung des Präsidiums erforderlich.

(2) ¹Oberste Dienstbehörde der Beamten des Landtags ist der Präsident des Landtags. ²Er übt die Dienstaufsicht über die Beamten des Landtags aus.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 2004 in Kraft.

Der Präsident

I.V.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

II. Vizepräsident

Plenarprotokoll Nr. 13 vom 17.03.2004

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31.03.2004

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)